

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 20 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingez. in der Volk-Belagungs-Vereinsliste für 1893 unter Nr. 4708.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Gernsperg-Druckerei  
Am 1. Nr. 4186.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonntag, den 18. Februar 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Der Zukunftsstaat der Agrarier.

Zukunftsstaat und nichts als Zukunftsstaat! Der Deutsche Reichstag hat zu viel Zeit. Er hat so verzweifelt wenig zu thun, daß er all' seinen Scharfsinn aufbieten muß, um die Zeit todzuschlagen. Der Notstand, die Krise, die Militärvorlage, die Verwirrung der politischen Lage, die allgemeine Unsicherheit und das allgemeine Mißbehagen — das sind Dinge, um die elende Nörgler und Luststürzer sich bekümmern mögen, die aber für die großen Geister der staatsverhaltenden Parteien im Reichstag nicht vorhanden sind. Die „wilden“ Franzosen, die selbstsüchtigen Engländer, die dollarwüthigen Yankee mögen sich um die Angelegenheiten dieses Jammerthales von Erde bekümmern, wir — so denken die Herren — wir haben weit höheres Verlangen, wir pfeifen auf die platte Wirklichkeit und schwingen uns empor in die unermessliche, endlose, graue Nebelwüste des Zukunftsstaates von Wolkenkuckucksheim!

Und seit nun zehn Tagen stochem sie mit der Stange im Nebel herum — zuerst vier Tage lang im Zukunftsstaat der ehrfamen Spar-Agnes und — nach dieser herzstärkenden Einleitung — jetzt seit sechs vollen Tagen in dem Zukunftsstaat der udermärkischen Granden, die sich heute „Agrarier“ benamfen.

Gerecht, wie wir sind, wollen wir nicht anstehen, zu bekennen, daß die zweite Zukunftsstaats-Debatte entschieden viel interessanter ist, als die erste. Es erklärt sich dies daraus, daß die Hammerstein, Wirbach, Kardorff, Schalscha lebendige, sprechende, schreiende, packende, uns und unserem Geldbeutel kräftig auf den Leib rüdende Menschen sind, wohingegen die gespenstische, blutarme Spar-Agnes bloß das Phantasielind einer lebendig gewordenen Biffer ist, die niemals Phantastie gehabt hat.

Der Zukunftsstaat ist wenigstens etwas Greifbares — die Lustschlösser, die uns da vorge spiegelt werden, sind zwar einstweilen noch Lustschlösser, allein wie die Fata Morgana sind sie Abbilder, Luftspiegelungen der Wirklichkeit. Und liegt die Wirklichkeit auch in weiter Ferne, weit, weit hinter uns, so sind diese lebendigen, schreienden, schreienden, packenden, uns und unserem Geldbeutel kräftig auf den Leib rüdenden Menschen mit allem Eifer und grimmigem Geißhunger bemüht, die Wirklichkeit an die Stelle des Abbildes, die echten alten Raubschlösser an die Stelle der neuen agrarischen Lustschlösser zu setzen und uns in derselben hineinzusperrern — oder wenn nicht in sie, doch neben sie, in die nächste Nähe, als „väterlich“ behütete Schollengefangene, an die Scholle gefesselt (glabas adscripti) Zukunftsstaatsbürger. Nicht alle an die Scholle gefesselt. Auch emsige, schachernde Städtebewohner muß es geben, die Geld verdienen, damit die Herrscher im agrarischen Zukunftsstaat auch gelegentlich — Zwangsanleihen machen können, nach Art, wenn auch nicht ganz in der Weise ihrer Ahnen, der biederen Herren Raubritter von und zum Strauche.

O dieser Zukunftsstaat! Wie er uns anheimelt — freilich nicht im anziehenden Sinne. Ist er doch ein alter, ein uralter Belannter. Und je genauer wir ihn betrachten, je vollständiger die Kardorff, Hammerstein und Konsorten ihn und seine Geheimnisse enthüllen, desto bekannter kommt er uns vor. Nur der Junker ist ein Mensch. Nur der Junker hat das Recht zu leben. Jeder Groschen, der nicht in eine Junkertasche kommt, hat seinen Beruf verfehlt. Das ganze Land, der ganze Staat, die ganze Gesellschaft, das ganze Volk ist nur für die Junker da. Die Industrie, der Handel muß „bluten“ für den Junker. Der Jude ist Jagdwild für den Junker. Die „Währung“ wird zeitgemäß reformirt für den Junker — alles Zukunftsstaatsmusel aus der Vergangenheit.

Wenden wir den Blick von dem Lustschloß zu dem Original — vergleichen wir das Ideal mit der Wirklichkeit: Bergangenheitsstaat: Der Städter wird auf der Landstraße ritterlich überfallen, und seine Börse ritterlich erleichtert. Der Bauer ist an die Scholle geschmiedet und muß frohnen. Der Jude wird gehegt und geplündert. Das Geld wird umgeprägt und gefälscht — neue Währung und Falschmünzerei.

Zukunftsstaat: Das gesammte Volk wird vermittelst der Kornzölle, Liebesgaben u. s. w. geschöpft und ausgezogen. Der Bauer wird an die Scholle geschmiedet und muß frohnen. Der Jude wird gehegt und geplündert — gleich allen andern Nichtjunkern. Die Goldwährung wird abgeschafft, und der Junker zahlt seine Schulden in entwertbarem Gelde — neue Währung und Falschmünzerei.

Ist die Neulichkeit nicht frappant? Gleicht der Zukunftsstaat dem Bergangenheitsstaat nicht wie ein Ei dem andern? Nur daß die Eierhale etwas glätter ist, und etwas weniger romantisch. Der Raubritter war gröber, dafür ist sein moderner Epigone methodischer — mit Zöllen und Liebesgaben ergattert er sich spielend das Tausendfache dessen, was bei der einfachen, rüden Strauchritterei herauskam. Statt Einzelner, die der Zufall in den Weg führt, werden jetzt Alle am Kragen, oder richtiger am Geldbeutel gefaßt. Die Leibeigenschaft heißt heute Regelung der Freizügigkeit; die Falschmünzerei — Doppelwährung oder Bimetallismus; die Judenhegerei — Antisemitismus, Verchristlichung des Staats.

Wir danken den Herren Agrariern, daß sie uns ihren Zukunftsstaat bis in alle Einzelheiten gezeigt und ausgemalt haben. Wir danken für das verheißene Paradies. Ihr Bergangenheitsstaat war gewiß nicht sehr lieblich, allein er ist uns noch hundertmal lieber als der geträumte Zukunftsstaat. Die Raubritter waren zwar keine manierlichen und feinfühligsten Weselen, sie verstanden sich aber auf's Schröpfen und Lachschleeren lange nicht so gut, wie die Herren Urrentenel. Und schlimmer konnten sie den Unglücklichen, die sie in der Gewalt hatten, auch nicht mißspielen.

Und dann raubten sie wenigstens ehrlich und mannhaft. Sie waren keine lämmerschwanzelnden Heuchler, sie jammerten nicht und — bettelten nicht.

Fort mit dem Spul des agrarischen Zukunftsstaats!

### Politische Ueberblick.

Berlin, den 17. Februar.

Aus dem Reichstage. Endlich nach 14-tägiger Debatte ist heute Abend kurz vor 6 Uhr die Position: „Gehalt des Staatssekretärs des Innern“ zur Annahme gelangt. Volle 14 Tage ist zu dieser Position gesprochen worden, aber nicht ein einziger der zahllosen Redner hat über dieselbe gesprochen. Die widerspruchsvolle Annahme der Position war von Anfang an sicher. Je weniger aber über den Etat-Posten selbst geredet wurde, desto offener schüttelten die Redner aller Parteien ihre Herzen über alles Mögliche sonst und noch einiges dazu aus. Die letzten Tage gehörten den Agrariern. Die Aussicht auf den Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland, scheint diese Kreise ganz rabiat gemacht zu haben. So ließen sie im Abgeordnetenhaus und Reichstag los, was sie an Rednern auf die Beine bringen konnten. Da morgen die große agrarische Heerschau — so ein kleines Seitenstück zum konservativen Parteitag auf Livoli — hier stattfinden soll, ließ man, um den Delegierten das richtige Verständnis für die „Noth der Landwirtschaft“ beizubringen, alle Mienen springen. Indef, allzu scharf macht scharf. Nachdem heute Graf Kanitz noch einmal alle Kräfte der letzten Monate zusammen faßte und sie gegen die Regierung auszuspielen suchte, ergriß heute der Reichskanzler zu einer Abwehr das Wort, die in ihrer ersten Hälfte sich in einer so schroffen Weise gegen die Bauernhegerei der Rechten wandte, wie wir sie, offen gestanden, dem Grafen Caprivi gar nicht zugetraut hätten. Offen erklärte der Kanzler, daß er wohl wisse, daß es den agrarischen Junkern darum zu thun, die Regierung und speziell ihn, den Kanzler, zu stürzen. Er will aber nicht gehen und er sei bereit, den hingeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen. Der Redner beschwerte sich über den „Ton“, der von den Agrariern angeschlagen und der über alles zulässige Maß hinausgehe. Weiter warf der Kanzler den Agrariern vor, daß sie nur kritisierten und tadelten, aber keine Vorschläge zu machen wüßten, um das Getabelle zu bessern. Die Bemerkungen des Kanzlers, daß er kein Agrarier sei, daß er kein Stück Boden sein eigen nennen könne, auf dem ein Halm wachse, und daß er es nicht für wünschenswert halte, daß der leitende Minister Großgrundbesitzer sei, zielten ersichtlich nach Friedruchruh und dürften dort schmeichelnd zur Beruhigung gewisser Nerven dienen. So selbstbewußt der erste Theil der Kanzlerrede klang, so sehr war der Schluss derselben von dem Bestreben diktiert, mit den halbstarren Junkern wieder zu einer Verständigung zu gelangen. Speziell aber warnte der Kanzler vor der neuen Bauernbewegung, deren Konsequenzen nicht abzusehen seien. „Man könne nicht wissen, wo dieser Strom münden werde und ob derselbe sich in seinem Laufe nicht mit einem anderen Strom — dabei sah der Kanzler recht ängstlich zu den Sozialdemokraten hinüber — verbinden werde.“

### Reuiletton.

Wachrad verboten.)

(18)

### Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepniak.

Autorisierte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

„Viele Frauen „hatten ihn sehr gerne“, heiratheten jedoch immer irgend einen Anderen. Das war sein Schicksal, und er fand sich munter damit ab. Die Liebe eines Weibes ist ein großer, aber gefährlicher Segen; ein Verschwörer thut besser daran, dem zu entsagen.“

Was Tanja anbetrifft, wurde sie von Gregor geliebt — der ihr mehr als ein Bruder war; und anfänglich glaubte Andrej, daß Tanja Gregor's Liebe erwidere. Dies schloß jede Möglichkeit aus, sie anders als eine Schwester zu betrachten. Späterhin begann er an Tanja's Gefühlen für seinen Freund zu zweifeln. Aber ein freimüthiges Hand brüderlicher Freundschaft war bald zwischen ihnen hergestellt und wurde stärker, je besser sie einander kennen lernten. Ihm machte es Vergnügen, das Knospen und Wachsen einer schönen jugendlichen Seele mit ihrer ungestümen Sehnsucht und ihrem schüchternen Bözern, ihrer Keckheit und ihrem Kleinmuth zu beobachten.

Diesem und keinem stärkeren Gefühle schrieb er die beständige Sehnsucht zu, die er zu sehen zu, die Trauer, welche ihn überkam, wenn irgend ein unglückseliger Zufall ihn dieses Vergnügens beraubte. Daß sein Gedankengang sich immer

derselben Richtung zuwandte, überraschte ihn, beunruhigte ihn jedoch nicht. Und sonderbar! Die Betrachtung der Liebe eines Anderen trug am meisten dazu bei, ihn seiner eigenen gegenüber blind zu machen. Seine nächsterne Würdigung des Mädchens stand in einem so schneidenden Gegensatz zu der Verückung seines Freundes, daß es ihm unmöglich schien, daß sie beide unter dem Einflusse desselben Gefühles ständen.

Gregor kam seltener nach dem schwarzen Flusse als Andrej. Er war von seinen Schreibereien sehr in Anspruch genommen, da der größte Theil der Führenden außerhalb der Stadt war. Andrej erwartete ihn aber an diesem Sonntage, da er während der ganzen Woche nirgends zu sehen gewesen war.

Als Andrej das hübsche Landhändchen Nepin's betrat, dessen Gehält in russischem Stile geschmückt war, fand er den Advokaten allein. Tanja war ausgegangen. Man sagte ihm, daß Lena nach dem Mittagessen vorgespochen, während Gregor im Park wartete, um sie zu einem Spaziergang abzuholen. Man erwartete sie erst spät Abends zurück. Tief enttäuscht, war Andrej im Begriffe fortzugehen. Sein Wirth hielt ihn aber zurück.

„Nehmen Sie ein wenig aus und rauchen Sie eine Zigarre. Ich mache jetzt Feierabend.“

Eine neu erschienene gelbe Monatschrift lag vor ihm. Beim Lesen schnitt er sie auf.

„Woher kommen Sie und was giebt es Neues in Ihrem Welttheil?“ fragte Nepin. „Sollen wir in die Luft gesprengt werden, und haben Sie den Zünder befestigt?“

„Nein, so was Schreckliches hab' ich nicht gethan,“ erwiderte Andrej. „Ich war in einer Arbeiterversammlung.“

„In der That, richten Sie viel auf diese Art aus?“ fragte Nepin.

„Ja, besonders im letzten Jahre.“

Nepin schien sehr viel Interesse daran zu nehmen.

„Und finden Sie, daß Ihre Anstrengungen einige Früchte tragen?“ fragte er in zweifelndem Tone.

„Sicherlich,“ sagte Andrej; „weshalb sollten wir es denn sonst thun?“

„O, man besteht oft am meisten auf Dingen, die fruchtlos sind,“ fügte Nepin hinzu.

Von Geburt Adelig, als ein Mitglied der Leibeigene besthenden Kaste erzogen, theilte Nepin mit den Besten seiner Generation das Vorurtheil, daß die Kluft zwischen den Gebildeten und den Arbeitermassen unüberbrückbar sei. Als Advokat bei politischen Untersuchungen traf er mehrere Arbeiter und Bauern, welche mit ihren gebildeten Brüdern vollständig fraternisirten. Dies überraschte ihn als etwas ganz Neues. Aber eine Schwalbe, selbst ein halbes Duzend Schwalben machen keinen Sommer. Er blieb ebenso ungläubig wie früher und freute sich, Gelegenheit zu haben, über diese Frage von einem Manne, der sie muthmaßlich in- und auswendig kannte, mehr zu hören.

Mit eruster Aufmerksamkeit hörte er Andrej zu und nickte mit dem grauen Haupte als Zeichen der Zustimmung.

„Ja, das ist ein guter Anfang,“ sagte er schließlich, „und die hoffnungsvollste Seite Ihres Werkes, die einzige in der That, welche ich unbedingt billige. Ich danke Ihnen sehr für diese Belehrung.“

Sie hatten oft über verschiedene revolutionäre und politische Angelegenheiten diskutirt. Von allen Freunden seiner Tochter, welche ihr Haus besuchten, gefiel Andrej dem

Die Herren von der Rechten waren von dieser Rede erschüttert recht wenig erbaut; während die Freisinnigen mit Zwischenrufen sich stark bemerklich machten, blieb es auf der Rechten todtenstille. Selbst als der Kanzler sein konservatives Glaubensbekenntnis ablegte, wurde dasselbe von der Rechten schweigend angehört.

Man kann neugierig sein, ob die vorsichtigeren Herren der Rechten auch nach dieser Rede das Bauernaufheben und das „Juden-Gep! Gep!“ in bisheriger Weise fortsetzen werden. Auf alle Fälle hat der Kanzler den konservativ-agrarisch-antisemitischen Machern mit seiner Rede das Konzept etwas verdorben. Wer aus solchen Munde und in dieser rückhaltlosen Weise beschuldigt wird, die Regierung stützen zu wollen, der kann sich doch nicht als Stütze des Staates aufspielen. Was soll aber aus dem agrarisch-antisemitischen Bündnis werden, wenn es ohne Hilfe des Landraths und des Gendarms bestehen soll? —

**Bundesrath.** In der am 16. dieses Monats abgehaltenen Plenarsitzung erklärte der Bundesrath sich mit den beantragten Abänderungen des Etats der Zoll- und Salzsteuer-Verwaltungsstellen für Preußen, des Zoll-Verwaltungs-Etats für Mecklenburg-Schwerin und des Salzsteuer-Verwaltungsstellen-Etats für Sachsen-Weimar einverstanden. Mehrere Vorlagen wurden den zuständigen Ausschüssen zur Vorbereitung überwiesen.

**Konservative und nationalliberale Mannesseelen** haben sich zusammengethan, um zu Gunsten der Militär-Vorlage einen Plebiszit-Kummel im Sinne der Bismarck'schen Madan-Aera in Szene zu setzen. Sie nennen sich „Volk“, halten „Volkssammlungen“ ab, und verlangen als „Volk“ Annahme der Militärvorlage. Nun — das Schwindeln können wir den Schwindlern nicht austreiben. Aber sie sollen nicht glauben, daß sie jemand beschwindeln. Wenn das Schwindel-„Volk“ hinter verschlossenen Thüren seinen Akt treibt, dann muß man es gewähren lassen. Sobald sich die Burschen aber an die Öffentlichkeit wagen und wirklich „Volk“ spielen wollen, dann fort mit dem Schwindel-„Volk“ und dem Schwindel! —

„Patriotische Vereine“, diese so spasshaften wie bedeutungslosen Eintagsgründungen, die der Militärvorlage auf die Beine helfen sollen, schießen wie die Pilze aus der Erde, so in Oberhessen, im Westerwald u. s. w. Sie rühren die Lärmtrommel für die Mehrbelastung des Volkes gerade so eifrig und ungeschickt, wie die in lärmenden Versammlungen bizantinernden Berliner Professoren, die Delbrück, Adolph Wagner u. dgl., die es freilich bei ihrem großen Eintommen genächlich ansehen können, wie dem kleinen Mann der letzte Heller genommen wird. Die „Patriotischen“ schließen sich den Statuten der Muttergründung, des im Faschingsstübel zu Frankfurt a. M. gestifteten „Patriotischen Vereins“ an und sind sicher, daß sämtliche Offiziere, vom Pindler bis zur „Königlichen“ ihr Lob singen. „Die Gemeinde Harroth“, liest man z. B. in der „Kön. Blg.“, war unter Führung des Vorstehers bis auf den letzten Mann zum Versammlungsorte marschirt.“ Als Wahrspruch für das Vereinsbanner empfehlen wir:

Nur die allergrößten Käiber  
Wählen ihre Kengger selber.

**Der Militarismus als Werber.** Aus Beamtenkreisen wird uns geschrieben: „Um dem Mosch des Militarismus weitere ungezählte Opfer zu bringen, sollen vom 1. April 1893 ab nunmehr auch sämtliche Subalternbeamten — die Oberbeamten natürlich nicht — der preussischen Staatsverwaltungen und der Reichsbehörden in ihren Bezügen geschmälert werden. Durch den für diese Beamtenkategorie aufgestellten Gehaltsstufentarif, welcher für die Restorix der Reichsbehörden demnachst in der Gestalt eines Nachtrags-Etats an den Reichstag gelangen wird, werden Verhältnisse geschaffen, welche die Beamten solidarisch mit der Arbeiterschaft vereinigen und der Sozialdemokratie starke Hilfspforten zuführen werden. Wir gratuliren der Sozialdemokratie zu diesem ohne ihr Zutun erlangten Erfolge; denn auch wir sind zu der Erkenntnis gelangt, daß der Masse nur durch eine vollständige Umgestaltung der heutigen faulen Zustände geholfen werden kann.“ —

**Zur Wahl Alshwardt's.** Obwohl der Bericht der Wahlprüfungs-Kommission über die Wahl in Arnswalde-Friedeberg den Reichstags-Abgeordneten noch nicht zugegangen, so befindet sich doch bereits in der Freitagnummer des „Reichsb.“, welche am Donnerstag Abend zur Ausgabe gelangt ist, ein sehr umfangreicher wörtlicher Auszug aus demselben. Es scheint darnach, daß dem konservativen „Reichsboten“ Aushängelbogen mit dem Bericht aus der Druckerei des Reichstags-

alten Advokaten am besten, und er unterhielt sich mit ihm sehr gern. Sie konnten natürlich nie übereinstimmen. Sie verstanden aber einander weniger und konnten sich besser verstehen als die Uebrigen, weil Andrej's Charakter bei ihrer großen Altersverschiedenheit manches ausglich.

„Jetzt muß ich gehen“, sagte Andrej sich erhebend. „Ich werde den Weg durch den Park nehmen, vielleicht treffe ich sie. Grüßen Sie auf jeden Fall Tatjana Origorjewna.“ Er erhob sich eilig.

Als Repin allein war, öffnete er das Buch, um die Lektüre wieder anzunehmen. Er konnte aber heute Abend nicht lesen. Seine eigenen Gedanken und Sorgen erfüllten sein Gemüth und machten ihn unfähig, denen des Verfassers zu folgen. Er dachte über seine Tochter nach, und über das tragische Dilemma, in welches ihn ihr augenscheinliches Hinneigen zur Revolution brachte.

Repin war kein Anhänger der revolutionären Bewegung, wie sie sich zu jener Zeit gestaltet hatte. Einer viel früheren Epoche angehörend, war er ein warmer und eifriger Vertreter der liberalen Bewegung von 1860 gewesen, die mit dem Namen Dergen verknüpft ist. Er blieb ihren Traditionen treu. Als die Revolutionäre entschlossen den politischen Despotismus ihres Landes angriffen, mußte er in ihnen die Verfechter seiner eigenen Lehre anerkennen. Obgleich er zu alt war, um ihre Hoffnungen zu theilen, oder ihre rückhaltlosen Mittel zu billigen, betrachtete er dies nicht als genügenden Grund um alle Verantwortlichkeiten und Lasten des bevorstehenden Kampfes zu vermeiden. Er hatte zu viel von den Schrecken des Despotismus gesehen, um nicht zu fühlen, daß die wilde Form der Wiedervergeltung natürlich, verzeihlich, und selbst moralisch gerechtfertigt sei. Er konnte sich thatächlich nicht enthalten, ihnen eine gewisse Achtung zu zollen.

(Fortsetzung folgt).

zugeschrieben sind. Es wird wirklich immer lächerlicher im Reichstag. —

**Ueber die Verschleppung der Verhandlungen im Reichstage und im Abgeordnetenhause** durch die Agrarier stimmt der offiziöse Pindler ein Klageled an. An dieser Verschleppung trägt vor allem die Regierung Schuld. In kürzester Frist wären die Geschäfte des Reichstags beendet, wenn ihn die Regierung nicht mit so vielem Ballast beladen würde. Vor allem ist dies betrefend der Militärvorlage der Fall, in welcher die Regierung noch immer durch alle möglichen Schachzüge einen Erfolg erhofft. Die Angriffe der Agrarier hat die Regierung aber selbst hervorgerufen durch ihre zu große Willkürigkeit gegen die agrarischen Belüste. Die Agrarier sind es gewohnt, die Regierung nach ihrer Weise tanzen zu lassen, und sie glauben die Regierung an der Strippe zu haben. So lange die Regierung nicht den Muth und Willen hat, sich von der Strippe los zu reißen, werden die Agrarier auch an der Strippe ziehen. —

**Der Wachtmeister in „Wallenstein's Lager“** wird jetzt bereits in der konservativen und amtlichen Presse als „Sachverständiger“ zitiert. Schiller läßt ihn sagen:

„Zum Exempel, da haat mir einer  
Von den fünf Fingern, die ich hab',  
Ster an der Rechten den kleinen ab,  
Dabt ihr mir den Finger bloß genommen?  
Nein, beim Kufel, ich bin um die Hand gekommen!“

Dies Zitat paßt ganz ausgezeichnet, wenn man die prozentweise Berechnung eines verlorenen Fingers, wie sie bei den Unfall-Berufsgenossenschaften üblich ist, geisteln will. Dort ist es angebracht. Lächerlich aber ist es, den Wachtmeister gegenüber Deminggen, dem guten Deminggen, der fast Alles bewilligt, was die Regierung verlangt, zu zitiern, und damit den Beweis zu liefern, daß, wer nicht Alles bewilligt, nichts bewilligt hat. Auch die bekannten Zeilen in Schiller's „Demetrius“: „Was ist die Mehrheit? Mehrheit ist der Unsinn! Verstand ist stets bei Wenigen gewesen“ müssen herhalten gegen die allgemeine Volksstimme, welche die Militärvorlage bekämpft. Und wen legt Schiller die Worte in den Mund? Einem polnischen Magnaten der von dem liberum veto (dem Einspruchsrecht jedes Edelmannes im polnischen Reichstag) Gebrauch macht. Wünschen etwa die Offiziere, die polnische Wirthschaft eingeführt zu sehen? Wollen sie vielleicht dem Fürsten von Neuh oder Waldeck das Recht geben mit den Worten: „Mehrheit ist der Unsinn“ alle Beschlüsse des Reichstags und des Bundesraths für nichtig und ungiltig zu erklären? Warum geben sich denn die Pindler und Genossen solche Mühe, eine Mehrheit im Reichstage zu erlangen? Wenn sie bisher nur an die Dummheit appellirten, so scheinen sie gegenwärtig geradezu auf das Idiotenthum des Volkes und des Reichstages zu spekuliren. —

**Ein milder Beitrag zum Postetat.** Zu dem Kapitel: Wahrung des Briefgeheimnisses liefert das folgende vertrauliche Aftenstück einen berechneten Kommentar. Es lautet:

**Geheim!**  
Berlin, den 20. Dezember 1892.  
Nachdem durch Erlaß des Herrn Reichskanzlers vom 12. November („Reichs-Anzeiger“ Nr. 271, Hauptblatt vom 15. November) die „Autonomie“, anarchisch-kommunistisches Organ, verboten worden ist, erscheint nunmehr unter dem Titel „Troy Alledem“ Nr. 1, I. Jahrgang, London, 19. November, eine Zeitung, welche abgesehen von dem neuen Titel und der auf der 4. Seite abgedruckten Angaben des Druckers: „Gedruckt und herausgegeben für die Anarchisten Deutschlands von ihren Genossen im Auslande“, wörtlich gleichlautend ist mit der bereits unter das Verbot fallenden Nummer der „Autonomie“ vom 19. November. Die Postämter werden angewiesen, die bezeichnete neue Zeitschrift vorkommenden Falls anzuhalten und hierher einzusenden.  
O. 18703.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor  
Geheimer Ober-Postrath  
Griesbach.

**Der Ansiedelungs-Kommission** für die Provinzen Westpreußen und Posen sind im Jahre 1892 zum freihändigen Ankauf angeboten worden: 66 Güter und 63 bäuerliche Grundstücke, davon aus polnischer Hand: 80 Güter und 87 bäuerliche Grundstücke, aus deutscher Hand: 87 Güter und 26 bäuerliche Grundstücke. In 20 Fällen trat die Ansiedelungs-Kommission dem Ankauf von Gütern und Grundstücken, welche zur Zwangsversteigerung standen, näher. Thatächlich sind im Jahre 1892 für Ansiedelungszwecke angekauft und übernommen worden: a) 8 größere Güter (Haupthöfe, mit oder ohne ausgebaute Vorwerke und theilweise mit zugeschriebenen, früher angekauften bäuerlichen Grundstücken) und b) ein kleines, zur Vercondirung einer größeren fiskalischen Besitzung erforderliches Grundstück. Es sind 8422 Hektar zu 4 022 253 M. angekauft. Unter Hinzurechnung der Erwerbungen aus den 6 Vorjahren umfaßt der Gesamtenerwerb 66 951 Hektar zu einem Kaufpreise von 40 698 081 M. 42 Pf. —

**Die Feuerbestattung in Preußen.** Trozdem die wichtigsten Gründe für die Leichenverbrennung geltend gemacht worden sind, trotzdem die öffentliche Gesundheitspflege diese Art der Bestattung gebieterisch fordert, scheitert jeder Versuch, sie in Preußen zum mindesten fakultativ einzuführen, an dem starren Widerstande der Landrathskammer und der auch hier mit ihr sympathisirenden Regierung. Daß die Einwände gegen eine Reform aus der Rüstammer der kirchlichen Orthodozie geholt werden, daß statt hygienischer theologischer Gesichtspunkte für die Gegner der Feuerbestattung maßgebend sind, ist bekannt; alles andere ist nur nebensächliche Zuthat, die ganze Beweisführung aber läuft darauf hinaus, die so gemeinirdischen, wie notwendigen Rücksichten auf die Volkswohlfahrt metaphysischen Jenseits-Spekulationen aufzusperren. So nimmt es kein Wunder, daß auch jetzt wieder die Petitionskommission des preussischen Abgeordnetenhouses beschlossen hat, dem Hause zu empfehlen, über zwei Petitionen (die eine mit 16 305, die andere mit 14 911 Unterschriften) zu Gunsten der Feuerbestattung zur Tagesordnung überzugehen. Die Herren, die den Mehrheitsbeschluß herbeiführten, begründeten ihre ablehnende Haltung vor allem mit „religiösen“ Bedenken, einer dieser Eiferer u. a. mit dem grotesken Einwurf, die Leichenverbrennung erscheine gleichsam wie eine Hinrichtung nach dem Tode, wie eine Strafe, die jemanden treffe, der weiter nichts verbrochen habe, als daß er gestorben sei“ (Aftenstück Nr. 61, 2. Bericht der Kommission für Petitionen, S. 8). Das geplante Reichs-

Seuchengesetz müßte von vornherein die Feuerbestattung einschließen, am besten obligatorisch, wenn dies nicht durchzusetzen, fakultativ und als Zwang bei Seuchen (Cholera u. s. w.). —

**Der große Wurf.** Triumphirend schreibt das Blatt der Rechenbarone, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ vom 17. d. M.: „Der große Wurf ist gelungen. Das rheinisch-westfälische Kohlen-syndikat ist in der Dortmunder Versammlung der Vertreter sämtlicher Bezirke des Oberbergamts-Bezirks Dortmund am 16. Februar rechtsgiltig gebildet worden.“ 170 in privatem Besitze befindliche Bezirke mit einer gesammten Jahresförderung von über 87 Millionen Tonnen Kohlen gehören diesem mächtigen Unternehmerverbande an, dazu gestiftet, die Gewinne der Kohlenritter zu steigern und die Arbeitererschaft noch stärker zu unterbrücken. Aber dieses Kartell zeugt dafür, daß der Einzelunternehmer der Vereinigung weichen muß, daß die bürgerliche Wirthschaftsweise in allen Fugen kraucht; solche Syndikate sind die Vorstufen zur genossenschaftlichen Produktion, sie sind die Bankrotterklärung des Individualismus. —

**Wie's gemacht wird.** Das „Saalfelder Volksblatt“ theilt nachstehendes amtliches Schriftstück mit:

„An den Gemeindevorstand zu ...  
Dem Gemeindevorstand lasse ich beifolgend ein Exemplar einer kleinen Schrift, welche die Aufklärung weiterer Kreise über die von den verbündeten Regierungen dem Reichstage gemachte Militärvorlage bezweckt, mit dem Ersuchen zugehen, den Inhalt in geeigneter Weise (Umlauf, Mittheilung an größere Vereine) zur Kenntniß der Gemeindebehörde und Ortsnachbarn zu bringen.“

Den Kriegervereinen ist das Schriftchen direkt zugegangen.  
Königssee, den 24. Dezember 1892.  
Der fürstliche Landrath  
Werner.

Nun soll noch jemand behaupten, daß in den Kriegervereinen Politik getrieben wird. —

**Ein Fleißzeugniß.** Die nationalliberale „Augsburger Abendzeitung“ wird von den bayrischen Zentrumsblättern gar sehr gelobt, weil sie Bacher's Zukunftsstaat-Kapuzinade für „Keulenschläge“ hält, die auf die Häupter der Sozialdemokratie niederfallen. Dazu bemerkt Dr. Sigl im „Bayrischen Vaterland“: „In der Einbildung der „Abendzeitung“ nämlich; in Wirklichkeit scheinen die „Keulenschläge“ des Herrn Bacher die sozialdemokratischen „Häupter“ nicht wesentlich in ihrem Gleichmuth gestört zu haben. Von dieser Uebereinstimmung derer vom Centrum mit der liberalen „Abendzeitung“ gibt eben das Heine'sche:

Selten habt ihr mich verstanden,  
Selten auch verstand ich euch;  
Doch, wo wir im — Daß gegen die Sozi uns fanden,  
Da verstanden wir uns gleich“ —  
wir, die liberalen und die Zentrumsprohen! Und das ist gar kein Wunder, maßen das Prozeuthum aller Farben sich stets gleich im Denken, Fühlen und Hoffen alles dessen, was ihm widerwärtig und gefährlich erscheint. Diese Gleichheit läßt aber die Sozialdemokraten überaus gleichgiltig und munter, denn sie thut ihnen nicht weh und schadet ihnen nicht wesentlich.“ —

**Der Gegenwartsstaat** macht überall Bankrott. In Spanien und Portugal geht es rasch zu Ende — die republikanische Bewegung, welche die gesammte iberische Halbinsel umfaßt, hat in letzter Zeit solche Stärke erlangt, daß der baldige Sturz der Monarchie selbst von deren Anhängern erwartet wird. Auch dort ist das ganze Staatswesen (Gegenwartsstaat) von der kapitalistischen Korruption so zerfressen, daß dem geplagten Volk jeder Zukunftsstaat besser erscheint, als dieser abheuliche faule Gegenwartsstaat. — Nicht viel anders sieht es mit dem Gegenwartsstaat in Italien. Skandal über Skandal. Alles aus dem Keim. Und gelegentlich, mit „Kladderadatsch“ ein Sprung in irgend einen beliebigen „Zukunftsstaat“.

O, diese — geistreichen Männer des „Zukunftsstaats“, die nicht begreifen können, daß die Sehnsucht nach einem „Zukunftsstaat“ nichts anderes ist als der Gel an ihrem Gegenwartsstaat! —

**Frankreich.** Die gestrige Debatte ist äußerlich ganz programmäßig verlaufen. Das Ministerium hat seine Erklärungen abgegeben, und die Kammer hat ihm mit 315 gegen 186 Stimmen das erwünschte Vertrauensvotum ertheilt. So weit sehr gut. Aber in Wirklichkeit und dem Wesen nach war die Debatte für die Regierung durchaus nicht so günstig, als es — namentlich den ersten Telegrammen nach — den Anschein hatte. Nicht das Geschrei der Boulangisten und Antisemiten meinen wir — dieses Volk ist so anrühig und verrufen, daß nur seine Unterstützung gefährlich sein kann. Wir meinen das Eingreifen des sozialistischen Demokraten Millerand und des Sozialisten Lafargue, die das Verhalten der Regierung sowohl als der bürgerlichen Parteien insgesammt einer scharfen prinzipiellen Kritik unterworfen, wie das bisher in Frankreich noch nicht geschehen ist. Die Thatsache, daß diese zwei Redner einen tiefen Eindruck gemacht haben, erhellt aus den vorliegenden Telegrammen, die freilich über den Inhalt der Reden so unvollständig, unverständlich, und widerspruchsvoll berichten, daß wir die Zeitungsberichte abwarten wollen, ehe wir Näheres mittheilen.

Ueber die Bedeutung des „Sieges“ der Regierung gehen die Urtheile auseinander. Die Regierungspresse glaubt, daß eine feste Majorität nun gesichert sei, und die Oppositionsblätter verspotten diesen kindlichen Wahn. Und die Oppositionsblätter haben recht.

Wir lassen nun ein die gestrige Debatte zusammenfassendes Telegramm folgen:

**Französische Deputirtenkammer.** Sitzung des 16. Februar. Der Sitzungssaal und die Tribünen sind überfüllt. Unter lebhafter Bewegung ergreift Dupet (radikal) das Wort, und richtet an die Regierung die angeforderte Interpellation über deren allgemeine Politik. Dupet sagt aus, es bestehe eine Diga zwischen dem linken Centrum und den vereinigten Konservativen, welche das Ziel verfolge, sich der Staatsgewalt zu bemächtigen und die bestehenden Gesetze bezüglich des Heereswesens, des Schulwesens und der Finanzen anzuändern. Millerand (radikal) wirft der Regierung vor, in der Panama-Angelegenheit dem Lande keine Genugthuung gewährt zu haben. Das Land bedürfe einer Revision der Verfassung im demokratischen Sinne, der Trennung des Staates von der Kirche, sozialer Reformen, der Abschaffung aller Monopole und aller Privilegien der haute banque. Lafargue (Sozialist) entwickelt das Programm der Arbeiterpartei. Cavaignac verwahrt sich gegen die Behauptung, daß er



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

**Theater.**  
Sonnabend, 18. Februar.  
**Opernhaus.** Die Hexe. Slavische Brautwerbung.  
**Schauspielhaus.** Vasantafena.  
**Deutsches Theater.** Der Tallisman.  
**Berliner Theater.** Dorf und Stadt.  
**Festung-Theater.** Heimath.  
**Wallner-Theater.** Der Fall Clemenceau.  
**Broll's Theater.** Der Barbier von Sevilla.  
**Viktoria-Theater.** Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.  
**Hedden-Theater.** Gläubiger, von Strindberg. Familie Pont-Biquet.  
**Friedrich-Wilhelmstadt.** Theater. Der Gardehufar.  
**Adolph Ernst-Theater.** Modernes Babylon.  
**Thomas-Theater.** Einen Zug will er sich machen.  
**Neues Theater.** Tosca.  
**National-Theater.** Romeo und Julia.  
**Alexanderplatz-Theater.** Maria Stuart.  
**Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Theater der Reichshallen.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Baummann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Schwärder Richter's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Winter-Garten.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Adolph Ernst-Theater.**  
Zum 56. Male:  
**Modernes Babylon.**  
Gesangsspiele in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Coupletts theilweise von G. Görs. Musik von G. Stoffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**American-Theater.**  
Novität! Novität!  
**Der Dussel**  
(Nulpus)  
Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner.  
(Klein + Gde. . . Martin Bandix.)  
**Alfred Bender**  
in seinem neuesten Originalvortrag  
**Der Volksmund in Berlin.**  
Blank, der beste Bauchredner.  
Anhaltender Erfolg.  
**Die Trockenwohner.**

**Passage-Panopticum.**  
**Neu!**  
Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.  


**Castan's Panoptikum.**  
Hagenbeck's gr. zoolog. Wunder:  
**Lili.**  
kleinst. lebend. Elefant d. Welt, 90 Zentimeter hoch, 110 Zentimeter lang, 78 Kilo schwer.  
**Tal-za-Wunder-Illusionen-Theater.**  
Grosses Künstler-Konzert.  
Sämmtlich ohne Extra-Entrée.

**Kaufmann's Variété**  
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.  
Großartiger Erfolg des neuen Programms.  
Mr. Hendrik, Huguston, Massias, Clark, Valois, Vanou, Hurley's, Laurence, Türk u. s. w.  
Das Theater ist gut geheigt.  
Anfang Wochentags 8 Uhr.  
Entrée 50 Pf.  
empfehlen sein  
Weiß- u. Bairisch-Bierlokal  
Regelbahnen  
Vereinsszimmer u. Winter- sind noch frei.

**Circus Renz.**  
(Karlstraße.)  
Sonnabend, den 18. Februar 1893, Abends 7 1/4 Uhr:  
**Gala-Vorstellung.**  
**Ein Künstlerfest.**  
Große Kunstleistungs-Pantomime vom Hofballetmeister **Siems.** Auf das Glänzende in Szene gesetzt v. Direktor **Fr. Renz.** Ueberraschendes Licht- u. Wassereffekte. Ballet v. 100 Damen.  
Grosser Blumen-Corso.  
Außerdem: **Mr. James Pillis** mit dem Schulpferde **Germinal.** Schulquadrille in Gala-Kostümen ger. v. 8 Herren. **Elmar**, der Strickpringer, vorgeführt von **Frl. Oceana Renz** etc.  
Morgen Sonntag: 2gr. Vorstellungen. Um 4 Uhr (1 Kind unter 10 Jahren frei). Zum Schluß: **Die Touristen.** — Abends 7 1/4 Uhr: **Ein Künstlerfest.** — Bille-Verkauf an der Fiskusstraße u. beim „Invalidendank“, Margrafenstraße 51a.  
**Fr. Renz, Direktor.**

**Feen-Palast.**  
Privat-Festlichkeit halber fällt heute, Sonnabend, die Vorstellung aus.  
Morgen Sonntag: **Extra-Vorstellung.** Anfang 6 Uhr. Entrée 50 Pf.

**Etablissement Buggenhagen.**  
Täglich: **Instrumental-Konzert.** Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausschank von **Yahenhofer Lagerbier**, hell und dunkel. In **Sonn- und Festtagen** findet das Konzert in den oberen Sälen statt.  
Entrée Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

**Gratweil's Bierhallen**  
Kommandantenstraße 77-79.  
Täglich:  
**Germania-Konzert- u. Komplet-Sänger**  
sowie Auftritten des musikal. Clown **Mr. Barna** und Damen-Imitator **Willy Wilson.**  
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch. Zwei Säle zu Versammlungen und Vergnügungen. sowie 6 Billards und 3 Regelbahnen.  
**F. Sodtke.**

Empfehle nach wie vor mein vergrößertes Lokal, franz. Billard etc. dem verehrten Publikum. Vorwärts, Volks-Zeitung, sowie andere Zeitungen liegen aus. (3596L)  
**M. Berndt,**  
Oranien- u. Alexandrinenstr.-Ecke.

Allen Freunden, Bekannten und Genossen empfehle mein neu eingerichtetes **Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal.** Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Vereinszimmer für 60 Personen zu vergeben. 8650L\*  
**Benno Stöberneck,**  
Püchlerstr. 49,  
2. Haus von der Wrangelstraße.

**Säle z. Verjamlg. u. Gesellschft.**  
unentgeltlich (8066) Oranienstr. 180.  
Empfehle den Genossen mein **Weiß- und Bairisch-Bierlokal.** Sonnabend Bockbier-Aussch. Vereinszimmer zu vergeben. S. Nachsahl, 1877b Waldemarstraße 18.

Heute, Sonnabend 1876b\*  
**Bockbier-Aussch,**  
wozu Freunde und Bekannte einladet  
**A. Siwert, Gdrligerstr. 50.**

**Achtung! Rixdorf. Achtung!**  
Den Genossen Rixdorf zur Kenntnis, daß ich **Kessingstr. 25.** Ecke Jägerstraße, eine **Kind- und Schweine-Schlächtere**, verbunden mit ff. Fleisch- u. Wurstwaaren, eröffnet habe. Derrere sämtliche Fleisch- u. Wurstwaaren zu Marktpreisen und bitte bei Bedarf mich zu unterstützen. **Emil Mercier,** Mitglied des Fachvereins der Schlächter-Gesellen Berlins u. Umgegend. (1892b)

**Das größte Brot**  
1894b Langestr. 49.

Allen Genossen, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich das **Cigarren- und Tabakgeschäft** von Herrn **H. Staberna** übernommen habe und halte mich bestens empfohlen. 30892\*  
**W. Geseh,** Wrangelstr. 55.

**Violin-Unterricht**  
ertheilt Anfängern bei möglichem Honorar **G. Schoner**, Bernauerstr. 28, I. Sprechst. : Sonntags von 12-2 Uhr.

**Destillation, Restauration.** Gute Stamm- und Bou-Rundschaff, anschl. Wohnung, billige Miethe, mit Billard u. Piano. **Buttmannstr. 18.** 1883b

Kanarienhähne und Weibchen, guter Stamm (prämirt), verl. **G. Meyer,** Wollinerstraße 29, vorn 8 Treppen.

**Todes-Anzeige.**  
Hiermit allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser innigst geliebter Vater, der Drechsler und Metallarbeiter **Richard Ahlbach** am Donnerstag, den 18. Februar, nach kurzem Krankenlager verstorben ist. — Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. Februar, Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des kath. Michael-Kirchhofs aus statt. 1895b  
Die trauernden Kinder:  
**Gretchen und Richard Ahlbach.**

**Todesanzeige.**  
Freunden und Bekannten hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege **August Freymark** am 16. d. M. gestorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 19. Februar, Nachm. 4 Uhr, pünktlich, von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes (Gefundbrunnen) aus statt. Die Arbeiter der **G. Weichstein'schen 1881b Hof-Pianofortefabrik.**

**Ortskrankenkasse der Steinbrücker und Lithographen zu Berlin.**  
Am 16. Februar er. verstarb unser Mitglied, der Steinbrücker, Herr **Carl Jannasch.**  
Die Beerdigung findet statt am Sonntag, den 19. Februar, Nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause Blumenstr. 85a nach dem Domkirchhofe Müllerstraße. Um zahlreiche Beteiligung bittet  
1878b **Der Vorstand.**

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme bei dem plötzlichen Verlust meines lieben Mannes, sage ich allen Freunden, sowie dem Chef und Personal der Firma „**Erdmann u. Grose**“ meinen tiefgefühlten Dank. 1890b  
Die trauernde Wittwe **M. Jeeje.**

Allen denen, welche meinem Schwager, Galvaniseur **Otto Wünger**, bei seiner Beerdigung die letzte Ehre erwiesen haben, besonders aber dem Personal der Firma **Deite u. Ko.** sowie den Herren **Jendzeid, Ackermann, Busfab** sage ich im Namen meiner Schwester für ihre braven Bemühungen recht herzlichsten Dank. Hochachtungsvoll  
1889b **Richard Heine.**

**Freireligiöse Gemeinde.**  
Rosenthaler-Straße Nr. 38.  
Sonntag, Vormittags 10 1/4 Uhr:  
Vortrag von Herrn **E. Vogtherr:**  
**Das vierte Gebot.** 152/4  
Gäste sehr willkommen.

Montag, Abends pünktlich 8 1/4 Uhr:  
**Beziehende Versammlung**  
nur für vollberechtigte Mitglieder. Wahl der Revisorien und wichtige Mittheilungen. 152/4

**Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Buch-, Papier- und Lederwaren-Industrie.**  
Montag, 20. Februar, Abends 8 1/4 Uhr, Alte Jakobstraße 75:  
**Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Dr. Pina** über: „**Muhammed und seine Lehre**“. 2. Verschiedenes. Aufnahme neuer Mitglieder. 119/2 **Der Vorstand.**

**Friedrichshagen.**  
Arbeiterverein. Sonntag, den 19. d., Nachm. 3 Uhr, bei Perche (Rundtheil), Versammlung. Vortrag etc. 1865b  
**Blücherstraße Nr. 11.**

  
vis-à-vis der **Kreny-Birde**  
**Wilhelm Böhm.**  
Sämmtliche Güte mit Kontrollmarken.  
Großes Lager in Schirmen.

**Rechtsbureau** des königlichen Amtsrichters **a. D. Alte Jakobstraße 130.** Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntags. 84952  
Möbl. Schlafst. f. 2 H., sep. Eing., sof. zu verm. **Knoblauch,** Mantuffelstraße 44, 4 Tr. 1879b

**Arbeitsmarkt.**  
Farbigenmacher und Verfilberer verb. verl. **Andreasstr. 10.** 1393b  
Einen geübten Zigarrentistenkleber verlangt **G. Biener**, Rosenthalerstraße 28. 54/29  
Verfilberer und Farbigenmacher verb. verlangt **Wienerstr. 9.** 1252R  
Ramsfells finden auf gute Umhänge und Capes bei hohem Lohn Beschäftigt. bei **Grün, Jerusalemstr. 28, 8 Tr.**  
**Glaschleifer** verlangt **Cronz,** Dieffenbachstr. 26. 1385b

Sonntag, den 19. Februar, Vorm. 11 Uhr:  
**Grosse Matinée**  
in den  
**Concordia-Festsälen, Andreas-Strasse No. 64.**  
Zum Besten der ausgeperrten Bergarbeiter u. deren Familien  
im Saar- und Ruhrgebiet.  
Ausgeführt von 60 Musikern der „**Freien Vereinigung der Juil-Gerufsmusiker**“, circa 120 Sängern und des Genossen **Cent.** 376/12\*  
Alle Aufführungen sind unentgeltlich.  
Billets à 25 Pf. an allen bekannten Stellen, sowie bei **Fritz Zubeil,** Raungrstr. 86.  
**Das Komitee.**

**Verein der Maschinisten u. Heizer Berlins.**  
**Versammlung**  
am Sonntag, den 19. Februar, Nachmittags 5 Uhr, in **Schultheiß' Brauerei-Ausschank, Neue Jakobstraße Nr. 24/25.** 250/7  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn **Kelch** über einen neuen patentierten Injektor.  
2. Verschiedenes. Gäste willkommen. **Der Vorstand.**

**Verband der im Vergolder- und verwandten Gewerben beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.**  
Filiale Berlin.  
Dienstag, den 21. Februar, Abends präzis 9 Uhr, im Lokals des Herrn **Scheffer, Inselstraße Nr. 10:**

**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen **Bornat:** „Die Ueberbevölkerungsfrage und die Malthus'sche Theorie“. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des gesammten Präsidialvorstandes und der Revisoren. 4. Stellung zu unseren Sommerfest. 5. Verschiedenes. Der wichtigen Tagesordnung halber ist zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht. Die Mitglieder werden ersucht, die Bibliothek-Bücher regelmäßig zu wechseln. (885/7) **Die Ortsverwaltung.**

**Arbeiter-Bildungsschule (Norden).**  
Am Sonntag, den 19. Februar 1893, Abends 6 Uhr:  
**Große Versammlung**  
im großen Saale des Eisfellers, **Chausseestr. 88.**  
Tagesordnung:  
1. Materialistische Geschichtsauffassung und die Geschichte des Materialismus. Referent: **Reichstags-Abgeordneter W. Schmidt** (Frankfurt).  
2. Diskussion.  
Nach dem Vortrage findet geselliges Beisammensein statt.  
Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen!  
1893b\* **Die Schul-Kommission.**

Sonntag, den 19. Februar, Nachmittags 2 Uhr:  
**Gr. öffentliche Brauer-Versammlung**  
in den **Arminhallen, Kommandantenstr. 20.** 1867b  
Tagesordnung:  
1. Erläuterung über die am Montag stattfindende Gewerbegerichtswahl und Bericht des Delegirten der Streit-Kontrollkommission, **Genossen Stolner.**  
2. Vorlage der Petition an den Bundesrath. Referent: **Alpert.** 3. Bericht der Fünfer-Kommission in der Krankenkassen-Angelegenheit. 4. Stellungnahme zu der bevorstehenden Wahl der Ueberwachungskommission des Arbeits-Nachweises. 5. Freie Diskussion.  
Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Einzelnen in dieser Versammlung zu erscheinen. — Die Bötcher sind hierzu besonders eingeladen. **Der Einberufer.**

**Verlag des „Vorwärts“**  
Berliner Volksblatt  
Berlin SW., **Beuthstrasse No. 2.**

Zu den am  
20. Februar er. stattfindenden  
**Gewerbegerichtswahlen**  
in Berlin  
empfehlen wir den Genossen zur Anschaffung die in unserem Verlage erschienene Ausgabe vom  
**Gesetz,**  
betreffend die Gewerbegerichte.  
— Vom 29. Juli 1890. —  
Mit erläuternden Anmerkungen, einer Uebersicht des Inhalts des Gesetzes und alphabetischem Sachregister.  
96 Seiten elegant kartonnirt; Preis 50 Pfennige.

Auf Grund dieses Gesetzes werden Gewerbegerichte eingesetzt, denen die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zufällt. Unsere Genossen sind sich wohl bewusst, daß bei der Mangelhaftigkeit des Gesetzes eine wesentliche Aenderung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit nicht erreicht wird; dennoch ist es lobenswerth, wenn sie allen Einfluß auszuüben suchen, bei den Verhandlungen ein nachsames Auge haben. — Die in unserer Ausgabe dieses Gesetzes dem Texte der Paragraphen beigegebenen gemeinverständlichen Kommentare erleichtern den praktischen Gebrauch derselben ganz wesentlich. 400/15\*

Ebenso halten wir vorrätzig:  
**Orts-Statut für die Stadt Berlin**  
betreffend das  
**Gewerbegericht zu Berlin.**  
Preis broschirt 30 Pf.  
Bei Partiebezug und für Wiederverkäufer Rabatt.  
Kanarienhähne, hochfeine Vorjäger, Garzer Zuchtweibchen, größtes Lager von Fedauern, Nestern bei **Jänick**, sind billige Wohnungen und ein Laden zu vermieten. 36982\*  
**Weddingstraße 8**

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

46. Sitzung vom 17. Februar 1893. 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Bötticher, v. Marschall, v. Falkenhahn.

Die Verhandlung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt beim Gehalt des Staatssekretärs.

Abg. Graf Ranig (Dl.) erklärt zunächst, daß es nicht seine Absicht sei, dem Arbeiter die Wanderung vom Osten nach dem Westen zu erschweren, er habe vielmehr nur sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß durch die billigen Vorortstarife für Berlin die Häuser speculation in den Vororten erleichtert worden sei. Redner wendet sich dann der Währungsfrage zu und weist darauf hin, daß der Abg. Barth behauptet habe, die verschuldeten Grundbesitzer wollten durch Verschlechterung des Geldes einen Theil ihrer Schulden los werden. Wie denkt sich der Abg. Barth diesen Vorgang? Doch wohl nur so, daß die Steigerung der Preise für landwirtschaftliche Produkte den Grundbesitzern es leichter als jetzt ermöglicht, ihre Zinsen und Schulden zu bezahlen. Solche Redewendungen der freisinnigen Herren sind nur geeignet, den Bauern die Bedeutung der Währungsfrage zu Herzen zu führen. Die Steigerung der Goldproduktion ist von keiner Bedeutung, denn ein großer Theil des Goldes wird zu industriellen Zwecken verwendet. Dadurch wird das Gold immer knapper bleiben und darin liegt die Gefahr der Goldwährung. Der früher 15 1/2 Pfd. Silber schuldig war, der war 1 Pfund Gold schuldig. Der heute 1 Pfund Gold schuldig ist, der ist 25 Pfund Silber schuldig. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Herr von Marschall ist kein Doppelwährungsmann, er ist ein in der Wölle gefärbter Silbermann. Redner beruft sich auf eine Rede desselben, die er vor zehn Jahren auf dem Adlner Vintetastentag gehalten hat. Der Staatssekretär von Marschall hat mir wieder den Ausdruck Popanz vorgehalten, den ich in bezug auf den schweizerischen Generaltarif gebraucht habe. Der Ausdruck rührt nicht von mir her, sondern von Herrn Eugen Richter, der leider wieder nicht hier ist. Es scheint, daß er durch Fraktionsbeschlüsse von der Theilnahme an den Verhandlungen über den Handelsvertrag ausgeschlossen ist. (Heiterkeit.) Ich freue mich, daß Herr Huber anwesend ist. Vor Jahresfrist hat er hier am Bundesrathstisch gestanden und uns die Grundzüge entworfen, nach denen bei Abschluß der Handelsverträge verfahren ist; da Herr Huber auch bei den Verhandlungen mit Rußland eine große Rolle spielt, so wird es von Interesse sein, die jetzigen Grundzüge zu erfahren. Ich will Herrn Huber nicht angehen, aber seine damalige Rede will ich Ihnen doch vorführen und kritisieren. Herr Huber hat damals ausgeführt, daß der Schweizer Tarif jetzt einen Schutz von 37 pCt. gewähre, der Generaltarif von 8,4 pCt.; unser Tarif betrug damals 14 pCt., er ist auf 13 pCt. herabgesetzt, der Schweizer Tarif auf 5,4 pCt. Ein solches schablonenhaftes Verfahren ist doch wirklich nicht zu rechtfertigen. Herr Huber hätte doch fragen müssen, wie wirkt z. B. die Herabsetzung der Garnzölle nicht bloß der Schweiz gegenüber, sondern auch den andern Staaten, namentlich England gegenüber? Warum hat Herr Huber diesen Grundjah nicht auch Oesterreich gegenüber angewendet, welches z. B. viel höhere Eisenzölle erhebt als wir? Herr v. Schalscha hat Herrn Huber gefragt, was er eigentlich in Wiltkowitz gemacht habe. Herr Huber hat das dortige Eisenwerk besucht und gefragt, ob die Produktionskosten für Eisen in Oesterreich höher sind als in Deutschland. Diese Frage wurde verneint; es fiel also jeder Grund weg, die österreichischen Eisenzölle höher zu stellen als unsere Eisenzölle. Deshalb hat man Oesterreich höhere Eisenzölle gelassen? Ich verstehe das nicht. Die großjährige Bindung der Zölle kommt nicht bloß den deutschen Eisenwerken zu gute, sondern auch die österreichischen Eisenwerke richten sich darauf ein und haben dazu ein Kartell gegründet. Was nützt denn unserer Industrie der auswärtige Markt, wenn sie im Inlande nichts absetzt, sondern durch die auswärtige Einfuhr geschädigt wird. Die Steigerung unserer Einfuhr um 50 Millionen Mark hat Herr v. Marschall als unbedeutend bezeichnet. Es handelt sich dabei nur um 7 Millionen Mark für eingeführtes Getreide; das übrige sind ganz andere Waaren, sie machen unserer einheimischen Erzeugung Konkurrenz. Durch die Handelsverträge sollte es besser werden; das ist aber nicht eingetreten. Unsere handelspolitischen Beziehungen wären viel besser, wenn wir einen autonomen Tarif hätten und mit allen andern Ländern Meißbegünstigungsverträge abschließen würden. Aber ein Land vor dem andern begünstigen, das ist nicht richtig. Damals hieß es, die Handelsverträge sollten den Dreiebund festigen, davon ist jetzt nicht mehr die Rede; jetzt soll auch Rußland hineingezogen werden. Ich habe es gleich vorausgesagt, daß die Vertragspolitik sich zuspitzen würde zu einer differentiellen Behandlung Rußlands. Wir hatten unter dem früheren Reichskanzler keinen Tarifvertrag. Dann kam der Vertrag mit der Schweiz, welcher die Bindung einiger Zölle, aber keine Ermäßigung derselben brachte. Erst 1888 kam der erste eigentliche Tarifvertrag mit der Schweiz. Wir haben die Tarifverträge ablaufen lassen, aber die Meißbegünstigung ist bestehen geblieben und unsere Tarifermäßigungen, durch die wir einige Konzessionen von einigen Staaten erhalten haben, sind den andern Staaten ohne weiteres zu gute gekommen. Amerika hat großen Vortheil von der Ermäßigung unserer Getreidezölle. Schweden und Norwegen hat ebenfalls Vortheile gehabt und hat uns dadurch gedankt, daß es seine Zölle erheblich erhöhte. Mit allen Ländern haben wir ein Meißbegünstigungsverhältnis, nur mit Rußland nicht. Das ist auf die Dauer doch nicht haltbar. Herr Barth soll nach den Zeitungsberichten gesagt haben, daß die Getreidepreise sich richten nach dem Lande, welches am theuersten produziert. (Zuruf des Abg. Barth: Richten Sie sich nach dem stenographischen Bericht!) Ich möchte wohl wissen, was der von Herrn Barth zitierte Professor Roscher dazu sagt. Ich berufe mich auf einen andern Gelehrten, einen freisinnigen Mann, den Herrn Professor Rommsen, der ausgeführt hat, daß Rom zu Grunde gegangen ist, weil die Landwirtschaft zu Grunde gegangen ist. (Zuruf des Abgeordneten Barth: Latifundia perdidit Roma!) Ich komme gleich darauf. Rommsen meint, die Landwirtschaft hätte gerettet werden können, wenn die Römer Getreidezölle eingeführt hätten zum Schutze des Bauernstandes. Aber der Bauernstand ist ausgefressen worden von den Latifundienbesitzern. Die damaligen Latifundienbesitzer sind mit den heutigen Latifundienbesitzern nicht zu vergleichen. Damals waren es die großen Kapitalisten, welche das Land auskauften und an der Stelle der Bauernhöfe entstanden die Ergastula. (Beifall.) Die Debatte hat zu einer wesentlichen Klärung der Situation geführt. Ich freue mich darüber, daß uns vom Tische des Bundesraths zugesagt worden ist, daß die Regierung eine wohlwollende Haltung in bezug auf die Währungsfrage einnehmen will; noch mehr freue ich mich aber, daß der Reichskanzler vorgestern sein besonderes Wohlwollen für die Landwirtschaft ausgesprochen hat. (Beifall rechts.)

Staatssekretär v. Marschall: Der Vortredner verlangt einen autonomen Tarif; d. h. wir sollen auf alle Einwirkungen auf die fremden Staaten verzichten, wir sollen unsern Export keine Förderung zu theil werden lassen, sondern nur unsern innern

Markt schützen. Es waren nach Einführung der Schutzzölle die konservativen Redner, welche den Abschluß von Tarifverträgen verlangten, so Herr von Minnigerode. Den autonomen Tarif Englands dürfte wohl Graf Ranig für die Landwirtschaft als nicht ganz passend erachten. (Heiterkeit.) Was Frankreich mit seinem Generaltarif erreicht hat, ist der Zollkrieg mit der Schweiz. Wenn Graf Ranig vorhin von Baumwollengarn gesprochen hat, so möchte ich darauf hinweisen, daß unsere Einfuhr sich um 18 Millionen Mark vermindert, die Ausfuhr um 25 Millionen Mark vermehrt hat, das ist eine Besserung um 88 Millionen Mark. Rechnerlich liegt es bei der Eisenindustrie, wo eine Mindereinfuhr eingetreten ist. Ueberhaupt kann man niemals eine vermehrte Einfuhr an Rohstoffen und eine vermehrte Ausfuhr von Fabrikaten als eine Verschlechterung ansehen. Die Landwirthe beschwerten sich darüber, daß man den Getreidezoll als ein Opfer des Volkes für die Landwirtschaft bezeichnet hat. Sie wollen das wissenschaftlich anders begründen. Vielleicht lösen Sie morgen diese Doktorfrage. (Heiterkeit.) Für die Landwirtschaft hat doch nur die Frage praktische Bedeutung, daß überhaupt ein Schutzoll vorhanden ist. Man sieht, wie leicht man es mit der Kritik der Handelsverträge nimmt, indem man unbeschwert von der wirklichen sächlichen Kenntniss der Dinge an die Kritik herangeht. Graf Limburg-Sturum meint gestern im Abgeordnetenhaus, wir hätten einen besseren Handelsvertrag mit Oesterreich erhalten können. Es könnte alles im menschlichen Leben besser sein: Die Handelsverträge und auch die Reden des Grafen Limburg-Sturum. Graf Limburg-Sturum bestreitet, daß wir uns in einer Zwangslage befinden hätten; wir hätten warten können. Wir waren der Meinung, daß der mit dem Fortfall der Handelsverträge eintretenden Abherrungspolitik eine Gruppe von Staaten gegenüber gestellt werden müßte, die unter sich freien Verkehr haben. Das Abwarten ist eins von den diplomatischen Kunststücken, die man gelernt oder zu lernen versucht hat. Gewiß könnten wir warten und probiren; probiren geht ja über studiren. Wir würden ausgelacht worden sein, weil wir nichts zu bieten gehabt hätten, und Graf Limburg-Sturum würde in der ersten Reihe der Kritiker gestanden haben. Man kann, sagt Graf Limburg-Sturum, mit einem Staate in guten politischen Beziehungen stehen und trotzdem einen Zollkrieg führen. Das kann man, aber es ist weise, das ist eine andere Frage. (Sehr richtig! links.) Der Abg. Buhl hat gestern erklärt, daß in bezug auf die Weinzölle die Sache diesmal lieblich abgelaufen sei, daß man aber nicht wissen könne, was darauf folgen werde. Wenn sich endlich die Erkenntniss Bahn brechen sollte, daß wir noch gar kein Urteil über die Wirkung der Handelsverträge haben, daß die ganze Diskussion verfehlt ist, so sollte es mich sehr freuen. (Beifall.)

Staatssekretär v. Falkenhahn: Der Abg. Graf Ranig sprach davon, daß von dem Bundesrathstische eine wohlwollendere Haltung zur Währungsfrage eingenommen sei. Diese komparative Bezeichnung ist doch wohl nicht richtig. Der wesentliche Inhalt meiner Ausführungen war der, daß auch die bisherige Haltung der verbündeten Regierungen den Bestrebungen auf Hebung des Silberpreises keineswegs feindlich gegenüber stand. Ich habe das nachgewiesen aus der Instruktion, welche unseren Delegirten für die Brüsseler Konferenz gegeben worden ist, und aus ihrer Haltung auf dieser Konferenz. Wenn ich gesagt habe, daß Deutschland nicht stark genug sei, um die Silberpreise allein zu heben, so habe ich von einer Seite Zustimmung gefunden, von der ich es bisher nicht erwartet hatte. Die geltende Währung ist die Goldwährung, und diese aufrecht zu erhalten, sind wir in erster Linie verpflichtet und gewillt. Aber das Sinken und noch mehr das Schwanken der Silberpreise wird als Schädigung der deutschen Interessen anerkannt, und wenn sich ein gangbarer Weg zeigt, diesem Uebelstande entgegenzuwirken, werden wir die Hilfe nicht versagen. Von den Vorschlägen aber, welche in Brüssel erörtert worden sind, ist eine Hilfe nicht zu erwarten.

Abg. Wülfing (natl.): Meine Freunde stimmen mit den Ausführungen des Abg. Buhl über die Getreidezölle nicht überein; wir billigen die Handelsvertrags-Politik der Regierung, und werden sie noch sträfen unterstützen. Ich als Mecklenburger muß selbstverständlich das Gedelben der Landwirtschaft wünschen, aber Mecklenburg hat auch das Exportinteresse der Seestädte zu berücksichtigen. Der Zusammenhang zwischen der Währungsfrage und der Nothlage der Landwirtschaft ist mir durchaus nicht klar geworden, abgesehen davon, daß die Schulden der Landwirthe durch die Doppelwährung vermindert würden. Die Leute, welche im praktischen Leben stehen, wünschen keine Verringerung der Währung; durch die Doppelwährung wird das Schwanken der russischen Valuta nicht beseitigt, das könnte nur geschehen dadurch, daß Rußland selbst eine feste Währung einführt. Das Sinken der Getreidepreise steht mit dem Sinken der Silberpreise in keinem Zusammenhange, wie eine Labelle in dem englischen „Economist“ beweist. Wenn wir die Doppelwährung einführen, so würde das Silber, das schlechte Geld, das Gold zum Lande hinaustreiben; das ist die unbestreitbare Theorie. Es würde bald das Goldagio eintreten, wie es sich jetzt schon nach der Meinung der „Times“ in Amerika zeigt. Wenn das in einem so reichen Land wie Amerika geschieht, welches nur eine beschränkte Silberausprägung hat, wie soll es erst bei uns ausfallen? (Sehr richtig! links.) Die Verschlechterung des Geldes bringt die Steigerung der Preise, die Steigerung des Zinsfußes, die Steigerung der Steuern mit sich. (Zuruf des Abg. v. Schalscha: Sind bei der Einführung der Goldwährung die Preise nicht gefallen?) Nein, Herr von Schalscha, ein Fallen der Preise konnte nicht eintreten, weil damals bei Einführung der Goldwährung das Verhältnis zwischen Gold und Silber ein richtiges war. (Sehr richtig! links.) Wie kommt die Landwirtschaft dazu, zu glauben, daß sie bei minderwerthigem Gelde billiger produziren wird als Länder, z. B. Indien, welche mit billigerem Lohne, billigeren Frachten und besserem Boden arbeiten.

Abg. Graf Böhmer (Dl.) wendet sich gegen die vorgestrichen Ausführungen des Sozialdemokraten Schulze, der von den schlechten Löhnen in Ostpreußen gesprochen hat. Er weist darauf hin, daß die dortige Lohnungsmethode eine von allen als gut anerkannte sei. Die Leute werden durch dieselbe an den Betrieb gefesselt und gewinnen ein dauerndes Interesse an demselben. Sie erhalten außer einem festen Deputat noch einen Antheil an dem erdroschenen Getreide, und dieser wird von ihnen so als Vortheil empfunden, daß sie selbst eine Mehrarbeit übernehmen, um den Lohn zu steigern.

Abg. Jordan (Dl.) erklärt, daß er keine Währungsrede halten wolle, weil er nichts davon verstehe. (Zuruf links: Das ist kein Hinderniß!) Er weist darauf hin, daß die mittleren Grundbesitzer es den großen nachthun wollen. Der Großgrundbesitzer entfendert seine Söhne in die Armee und lebt auf großem Fuße. Der mittlere Grundbesitzer will es ihm nachmachen. Hier würde eine sehr einfache Selbsthilfe helfen. Die Leute müssen sich einschränken. Ich bin selbst in ein mittleres Gut gekommen und würde nicht mehr darauf sitzen, wenn ich dem Wege gefolgt wäre, den meine Kollegen eingeschlagen haben, die ihren Besitz infolge dessen haben ausgeben müssen. Ueber den Arbeitermangel wird gellagt. Die Arbeiter kommen als Soldaten in die größeren Städte und lernen die dortigen Verhältnisse kennen; sie wollen nicht mehr auf dem Lande bleiben und ie länger sie in den Städten als Soldaten festgehalten

werden, desto mehr werden sie sich in die Städte drängen. Der Großgrundbesitzer wirkt wie ein Magnet, er zieht die kleinen Güter an sich und drängt die mittleren und kleineren Besitzer aus dem Lande. Welche Geschäfte wurden gemacht während der Zeit, als die Güterpreise stiegen. Die Güter wurden gekauft und mit Verdienst verkauft; das war Bodenwucher, bei dem die Leute reich wurden und auch Bankrott machten. Dabei ist es eigentlich Geheimniß, daß die größeren Güterbesitzer ihre Söhne weniger auf die landwirtschaftlichen Akademien als in die Armee schickten. Die Güterbesitzer verstehen deshalb nicht viel von der Landwirtschaft und dazu kommt noch die mangelhafte Buchführung. Es müßte eigentlich ein Gesetz erlassen werden, welches die Landleute zur Buchführung zwingt; dann würde die Substitutionsstatistik vielleicht eine erfreulichere sein. (Präsident v. Levetzow: Ich bitte doch den Redner nicht noch über das hinauszugehen, was bisher besprochen worden ist. Heiterkeit.) Ich füge mich der Meinung des Herrn Präsidenten und will gleich erklären, daß ich mit den Agrariern darin übereinstimme, daß ich keinen Widerspruch gegen das Gehalt des Staatssekretärs erhebe. Ich glaube aber, da über alles und noch etwas anderes gesprochen ist, auch über die römische Geschichte, etwas sprechen zu können über die Substitutionen. Ich schließe mit der Mahnung an die agrarischen Parteien, ihre Agitationen nicht zu sehr zuzuspinnen und es nicht zu solchen Drohungen kommen zu lassen, wie sie auch hier schon ausgesprochen sind: Wir würden, wenn es zu Wahlen käme, unsere Siege verlieren. Das lassen Sie unsere Sorge sein! Wir werden unseren Wählern, die sehr viel ländliche sind, wahrscheinlich sehr wenig von der Währungsfrage sprechen, aber sehr viel davon, daß durch die Ermäßigung der Getreidezölle infolge der Handelsverträge die kleinen Landwirthe keinen Schaden haben, während die großen Grundbesitzer von diesen Zöllen immer noch erheblichen Vortheil haben. (Beifall links.)

Abg. Holtz (N.P.): Die großen Grundbesitzer sprechen hier im Reichstag nicht für sich selbst, sondern für die Bauern; sie stellen die Offiziere; sie erhalten den kleinen Besitz durch die Rentengüter; dafür sollte man den großen Grundbesitzern dankbar sein. Durch das Beispiel der Großgrundbesitzer werden die kleinen Besitzer nicht zu verschwenderischem Leben verleitet; sie sind charakterfest genug, um solcher Verlockung Widerstand zu leisten. Der Vortredner ist ein Landwirth gewesen, er hat aber sein Gut nicht in der guten Zeit verkauft, sonst säße er vielleicht heute noch hier. Daß es unter den Freisinnigen auch Landwirthe giebt, mag richtig sein; aber wenn die Getreidezölle nicht eingeführt worden wären, dann würden die Herren vielleicht heute nicht mehr die Freihandelslehre verteidigen. Die große Mehrheit der Landwirthe steht jetzt hinter uns. Es muß schlimm stehen, wenn die Landwirthe, die sonst sehr schwer dazu zu bringen sind, sich zusammenzuraufen und nach Berlin kommen, um sich zu organisiren. Daß man die Nothlage der Landwirtschaft nicht, zeigen besonders die Auslassungen des Abg. Bopeluis, welcher keine Vortheile für die Industrie will, wenn dadurch die Landwirtschaft geschädigt wird. Wir sind allerdings in bezug auf die Getreidezölle von 50 Pfennig auf 6 Mark gestiegen, aber es sind auch inzwischen von der Regierung 6 Mark beantragt gewesen. Die Regierung muß diesen hohen Satz für nothwendig gehalten haben und besonders ist der Schutz nothwendig Rußland gegenüber wegen der Valutaverhältnisse. Herr Wülfing verweise ich nur auf die Mittheilung, welche Herr v. Schalscha im Abgeordnetenhaus gemacht hat. Die Preise werden weniger durch die Zölle als durch den Rubelkurs beeinflusst. (Zuruf links: Der Rubel ist doch kein Silber!) Wenn wir Rußland gegenüber nicht einen hohen Zoll haben, werden wir mit Getreide überfluthet, welches in die Transsilager geht. Hier konnte die Aufhebung des Identitätsnachweises helfen, ferner die Staffeltarife, die aber dem Westen unangenehm sind. Redner wendet sich dann besonders gegen den russischen Handelsvertrag, der eine besondere Gefahr bezüglich der Weizeinfuhr in sich birgt. Undankbar wird die Landwirtschaft nicht sein, wenn auf ihre Wünsche Rücksicht genommen wird.

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Der Vortredner hat die Befürchtung ausgesprochen, daß eine Verschärfung unserer Weizeinfuhr durch russischen Import herbeigeführt werden könne. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat bereits gesagt, daß wir überhaupt nicht die Absicht haben, mit Rußland über den Import von Weiz zu verhandeln. Ich habe das Bedürfniß, mich über die gesammte Lage zu äußern. Die Debatte der vergangenen Tage ist von großer Tragweite nicht sowohl wegen des Inhalts, als der begleitenden Umstände. Es ist eine auffallende Erscheinung, daß im preussischen Abgeordnetenhaus und hier gleichzeitig Debatten über die Landwirtschaft hervorgerufen wurden, während morgen ein Verein zusammentritt, der ganz aus Landwirthen besteht. Auffällig ist mir auch der Ton, der, wenn auch nicht hier, so doch an anderer Stelle gegen die Regierung angeklagen ist. Es sind die schärfsten Angriffe sowohl gegen einzelne Beamte, als gegen den Reichskanzler gerichtet worden. Woher kommt das und wohin führt das? Ich bin dem Grafen Ranig dankbar, daß er Vertrauen zu den verbündeten Regierungen hat; es ist aber in den letzten Tagen ein solches Maß von tendenziösem Mißtrauen gegen die Regierung ausgesprochen, daß ich mich der Ansicht nicht verschließen kann: es hat sich wenigstens bei einem Theile der Herren darum gehandelt, die Reichsregierung anzugreifen, vielleicht zu stärken. Der russische Handelsvertrag ist nicht das Objekt, das den Inhalt dieser Lage ausmacht; es lohnt sich auch gar nicht, über einen Vertrag, der noch Embryo ist, zu reden. Die Bewegung, die im Lande und im Hause sich geltend gemacht hat, geht sehr tief. Deshalb nehme ich diese Bewegung sehr ernst und ich habe den Wunsch, diesen meinen Ernst hier noch einmal zum vollen Ausdruck zu bringen. Es hat sich das, was den Gegenstand der Debatte und der Angriffe gegen die Regierung ausgemacht hat, zusammendrängt in die Worte: Noth der Landwirtschaft, und welche Stellung nehmen die verbündeten Regierungen, insbesondere der Reichskanzler dazu ein? Schon vor einem Jahre habe ich mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig läßt, ausgesprochen, welchen Werth die Regierung auf eine gedeihliche Landwirtschaft legt, und trotzdem hören die Zweifel nicht auf. Ich bin noch weiter gegangen, ich habe im vorigen Jahre mich dahin geäußert, daß ich nicht nur den Werth der Landwirtschaft als solcher anerkenne, sondern daß ich auch die Erhaltung der jetzigen Geschlechter und Familien, welche hauptsächlich Landwirtschaft treiben, für im Staatsinteresse liegend halte. Ich habe ausgeführt, welcher sittliche Werth in dem Heimathgefühl liegt, das sich an die Landwirtschaft anknüpft, und trotzdem finden kein Ende die Behauptungen und Angriffe, die Reichsregierung und der Reichskanzler kümmern sich nicht um die Landwirtschaft oder wenigstens nicht um die Landwirthe. Ich möchte, ehe Sie morgen in die Versammlung gehen, diese Angriffe aus dem allerentschiedenste zurückweisen. Wenn man nun auch anerkennt, daß ich und die Regierung Interesse für die Landwirtschaft dokumentirt haben, so sagt man: Worte hören wir wohl, aber wo ist der Wille? Man geht dabei nicht auf die tieferen Motive ein, auf die die Noth der Landwirtschaft sich vielfach zurückführt, sondern greift kleinere Dinge heraus und sagt: Wenn uns diese Wünsche nicht erfüllt werden, so sieht man ja wieder, Ihr wollt nichts für die Landwirtschaft thun. Man hat ähnliche Angriffe gegen den preussischen Landwirtschafts-

Minister gerichtet. Dieser ist doch selbst Grundbesitzer und aus den Reihen der Herren hervorgegangen, die jetzt Opposition gegen die Regierung machen (Hört! hört! links). Ich verstehe nicht ganz, wie man einem Herrn, der die Rentengüter wieder ins Leben geführt hat, vorwerfen kann, er habe kein Interesse für die Landwirtschaft. Sehen Sie doch an, was in den Steuerfragen jetzt von der Regierung gegeben wird. Diese Steuerreform ist doch nicht von Ungunsten der Landwirthe (Hört! hört! links). Also soweit wir eine Gelegenheit gehabt haben, auf die Förderung der Landwirtschaft hinzuwirken, so ist das geschehen; aber wir finden doch auch unsere Grenze in den Umständen. Wie kann ich denn den Reichstag zwingen, daß er für ein Gesetz in Ihrem Sinne eine Majorität bietet? Auch die Anhänger des Bimetallismus geben zu, daß die Zustimmung Englands die Voraussetzung ist. Ich kann England nicht zwingen. Trotzdem lehrt der Vorwurf immer wieder. Kann ich den Weltmarkt weg schaffen? Er wirkt mit elementarer Gewalt auf die Verhältnisse der Landwirtschaft ein, und die Regierung kann das nicht ändern. Kann ich die arbeitenden Massen zwingen, da zu arbeiten, wo sie nicht arbeiten wollen? Auch dazu hat die Regierung keine Macht, und doch wiederholt man immer: Ja, dazu ist die Regierung da. Wenn schnelle Abhilfe überhaupt möglich wäre, so würde doch unter den vielen Tausenden intelligenter Landwirthe, die mit ihrem Wohl und Wehe an der Sache betheilig sind, sich eine größere Anzahl gefunden haben, die annehmbare Abhilfevorschlüsse macht. Das hat sie aber nicht gefunden. Alles hier und in den Zeitungen Vorgebrachte ist theils problematisch, theils unausführbar unter den heutigen Verhältnissen. Ob wir mit Landwirtschaftskammern viel weiter kämen, ist mir fraglich; denn die Herren, welche sie verlangen, sind meist abgeneigt, den Berichten der Handelskammern Werth beizumessen. Das würde umgekehrt auch kommen. Wir haben ja doch Tausende von landwirtschaftlichen Vereinen. Eine Enquete, um über den Bimetallismus Klar zu werden, kann von uns allein nicht gemacht werden. Wir haben kein anderes Mittel, als diplomatische Verhandlungen. Stellen Sie doch Anträge, statt immer Beschuldigungen auszusprechen. Dann können wir dazu Stellung nehmen. Ich halte die fortgesetzten Angriffe gegen die Regierung für in hohem Grade schädlich, nicht sowohl der Regierung als des Landes wegen. Ich glaube, ich bin ein durch und durch konservativer Mann. Es fragt sich nur, was unter konservativ zu verstehen ist. Konservativ sein, ist für mich der Ausfluß einer Weltanschauung, wonach die Welt nach einem gewissen Plan durchgeführt wird und daß das Historischgewordene ein gewisses Berechtigungsdaßein hat, das ihm nur dann genommen werden sollte, wenn zwingende Gründe dies erfordern. Wenn für uns Deutsche ein christlicher monarchischer Staat derjenige ist, den zu erhalten der Konservative ein Interesse hat, dann bin ich durch und durch konservativ. (Beifall rechts.) Aber ich bin nicht Agrarier, ich besitze nicht ein Acker, nicht einen Strohhalm und wüßte nicht, wie ich dazu kommen sollte, ein Agrarier zu werden. Ich weiß, daß in der konservativen Richtung die Erhaltung der verschiedenen Erwerbszweige einen großen Platz einnehmen muß, aber dieser Platz darf nicht so groß werden, daß das auf das Dasein des Staates gerichtete Element im Konservativismus unterliegt. Herr v. Kardorff hat das schöne Bild gebraucht von einem Baum, um dessen Wurzeln immer wieder gute Erde gelegt wird. Woher aber und auf wessen Kosten soll die gute Erde genommen werden? (Sehr gut! links.) Es wäre gut, ist gesagt worden, wenn alle Minister Landwirthe sein könnten. Ich bedauere für meine Person dieser Förderung nicht gedenken zu können: Es ist aber gut, daß es so ist, denn die Landwirtschaft ist heutzutage ein so schwieriges Gewerbe geworden, das man das eine oder das andere im Nebenamt sein müßte, es würde entweder der Minister oder der Landwirth leiden. Es ist wünschenswerth, daß der Reichskanzler nicht Agrarier ist, denn je mehr unser Parteileben von wirtschaftlichen Interessen bedrängt wird, um so mehr muß die Regierung sich einen freien Blick für die Interessen des Staates zu erhalten suchen. Wenn wir den Staat agrarisch regieren wollten, dann müßten wir in absehbarer Zeit am Ende sein, vielleicht vor einer sehr schweren Katastrophe stehen. (Zustimmung links.) Wirtschaftliche Interessen kollidiren leicht mit staatlichen Interessen. Die ersten dahinen mehr oder weniger auf dem Egoismus, die letzteren auf der Opferwilligkeit und dem Idealismus seiner Bürger. Wir werden jeden Bestiz schätzen, wie es unsere Pflicht ist, den agrarischen sowohl wie den industriellen und kapitalistischen Bestiz. Aber wir haben auch die Pflicht der Fürsorge für die Beschäftigten. Ich habe bereits, als ich über den Antisemitismus ein paar Worte sagte, angedeutet, daß in diesen Dingen eine gewisse Gefahr liegt, daß wenn die Beschäftigten zunächst auch zweifellos in der besten Absicht gegen die Beschäftigten sich zu richten anfangen, darin eine große Gefahr nicht bloß für den Staat sondern auch für die Gesellschaft liegt, und was mich betrifft und besorgt macht, ist, daß diese Neigungen rapide und immer stärker auftreten. Die in Deutschland eingeleitete Bewegung überschreitet vielfach schon die mit dem Staatswohl vereinbaren Grenzen. Werden die Geister, die man wachrufen, auch wieder zu bannen sein? (Sehr richtig! links.) Haben die Männer, welche die Geister wachrufen, eine Garantie, daß der Strom, mit dem sie vorwärts treiben, nicht schließlich mit anderen Strömen zusammenfließt und sich gegen Bestiz und Staatsordnung richtet? (Sehr wahr! links.) Ein großer Theil von denen, die jetzt die Schleusen aufziehen, ahnt nicht, in welche Gefahren sie gehen. (Sehr richtig! links.) Werden sie im Stande sein die Schleusen wieder zu schließen? Die Männer, welche die Bewegung leiten, haben eine Aufgabe übernommen, die ich nahezu für unerfüllbar halte, denn die Geschichte zeigt manches Beispiel, daß Bewegungen, die anfangs zweifellos das Beste wollten, weiter gingen und nachher nicht mehr aufzuhalten waren. Wenn ich diese Warnung oder Bitte an die Herren richte, die mit diesen Dingen zu thun haben, so will ich um nichts in der Welt dem Gedanken ausgefetzt sein, daß meine Person dabei eine Rolle spielt, daß weil ich vielfach angegriffen werde, ich nämlich, diese Bewegung nicht stärker werden zu lassen. Davon kann keine Rede sein. Wenn ich überzeugt wäre, daß ich dadurch, daß ich dieses Amt aufgebe, Deutschland noch innen oder nach außen den mindesten Nutzen schaffe, so würde keine Stunde vergehen, bis ich Sr. Majestät mein Abschiedsgesuch eingereicht hätte. Die Würde meines Amtes ist so schwer, daß ich den Tag, wo sie mir mal abgenommen sein wird, segnen werde. Aber ich werde diesen Schritt nicht thun, ich werde an der Stelle beharren und werde in der altpreussischen Weise, in der ich erzogen bin, meine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit zu thun suchen, und nicht um meinethwillen, sondern um des Kaisers und des Reiches willen. Wir gehen so schweren Zeiten entgegen, daß Festigkeit der Regierung die erste Anforderung ist, die an eine Regierung von Deutschland zu stellen ist (Beifall), und jeder Wechsel in der Person ist mit einer Erschütterung der Festigkeit verbunden. (Sehr wahr! links.) Ich werde aushalten. Ich wünsche, daß die Vertreter der agrarischen Interessen in sich gehen und sich reichlich überlegen, ob ihre Wege wirklich mit dem Staatsinteresse dauernd zu vereinigen sind und daß es sich nicht um den einzelnen Menschen handelt. Was ist ein Mann über Bord, wenn das Schiff nur weiter geht! Um das Schiff handelt es sich, auf dem die deutsche Flagge weht. (Beifall links.)

Abg. v. Ziembovski (Pole): Die Agrarier haben bisher noch immer bestritten, daß ihre Bewegung eine politische ist. Seit der Erklärung des Grafen Limburg-Stürum, daß er kein Vertrauen mehr zur Regierung habe, können wir mit den Agrariern, so nahe sie uns stehen, nicht zusammen gehen. Wir sind auch Vertreter der Landwirtschaft, aber wir haben Vertrauen zur Regierung. Wir wollen nicht nur die Interessen des großen Grundbesitzes wahrnehmen, sondern auch die Interessen des kleinen Mannes, des Mittelstandes, nicht bloß in der Landwirtschaft, sondern auch im Handel und Gewerbe.

Abg. Graf Mirbach: Ich möchte zunächst mein lebhaftes

Bedauern darüber aussprechen, daß der Staatssekretär des auswärtigen Amtes den Grafen Limburg-Stürum so scharf angegriffen hat. (Lachen links.) Der Reichskanzler nimmt die neue Bewegung sehr ernst. Wir stehen auf demselben Boden. Die Bewegung hat uns alle überköpft. Wir haben von der Stärke der Bewegung keine Ahnung gehabt. Die Preise sind gesunken und ein weiteres Sinken steht noch zu erwarten. Die landwirtschaftlichen Jöhle sind ermüdet worden. Der Hauptgrund liegt in dem Durchdringen der Handelsverträge durch den Reichstag. Die Landwirthe sind nicht angehört worden. Wenn der Reichstag uns die Verachtung in der Kommission verjagt (Sehr richtig! rechts), wenn uns nicht einmal an dieser Stelle ein freies Wort gestattet wurde, so macht das einen schlechten Eindruck im Lande. Die Haltung des preussischen Landwirtschaftsministers, den ich hoch schätze — er ist ein Edelmann durch und durch und ein politischer Freund von mir — hat doch nicht das richtige Interesse für die Landwirtschaft befundet. Ich bedaure das sehr. Das Rentengutgesetz verdanken wir nicht diesem landwirtschaftlichen Minister, sondern dem liberalen Finanzminister Miquel. Wenn die Regierung den Wunsch hat, daß Silber wieder im Verkehr zu gehen, so kann sie dies in Verbindung mit England, wo die Währungsreform ebenfalls eine starke ist, sehr leicht bewerkstelligen. Man hat nicht mehr das alte Wohlwollen gegenüber der Landwirtschaft gezeigt in der Regierung wie früher. Das lag daran, daß man es uns verübte, daß wir noch alte Beziehungen aufrecht erhielten und sie nicht kurzer Hand abschneiden wollte. Deshalb hatte ein Mißtrauen Platz gegriffen. Ich hoffe aber, daß diese Zeit vorüber ist. Daß ein Reichskanzler sein Gut selbst bewirtschaftet, halte ich für unangenehm; aber die Kenntnis der landwirtschaftlichen Verhältnisse in einem früheren Stadium des Lebens halte ich doch für sehr zweckmäßig. Früher erzog man doch die Regenten als Landwirthe. Einen Nachtheil wird man jedenfalls darin nicht finden, wenn der Reichskanzler Landwirth ist. Unsere Lage ist besonders deshalb bedenklich, weil wir zwischen zwei uns nicht wohlgefinnten Ländern liegen, was uns erhebliche Opfer auferlegt und weil wir auf dem sozialpolitischen Gebiete allen anderen Ländern vorangehen. Desfür muß uns eine Kompensationsgewalt werden. Vorgebracht ist das nicht, das ist eine Naturwendigkeit. Der Reichskanzler sprach von den Beschäftigten. Wenn es sich bei der agrarischen Bewegung handelte um die Bereicherung Einzelner, wäre sie verwerflich; sie will aber nur die Hauptberufsklasse erhalten, und dabei dürfen Arbeiter und Arbeitergeher nicht von einander getrennt werden. Auch ich gehöre zu denen, welche in der jetzigen Bewegung eine erhebliche Verantwortung tragen. Ich werde mich bemühen, die Frage so zu lösen, wie man es von einem Manne, der in den altpreussischen Traditionen groß geworden ist, verlangen kann.

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Ich hoffe, daß der Vorredner die Sache so leiten wird, daß Deutschland keinen Schaden dabei leidet. Denn wenn auch die Herren von der Bewegung übersehen worden sind, so entbindet sie die Verantwortung doch nicht von der Verantwortung. Ich habe nicht geglaubt, daß Arbeiter ohne Arbeiter bestehen können. Ich habe von den Beschäftigten nur gesprochen in dem Zusammenhang, daß, wenn wir allen Bestiz schützen, nicht bloß den landwirtschaftlichen, sondern auch den industriellen Bestiz, wir auch die Beschäftigten schützen. Minister v. Heyden hat von Anfang an den landwirtschaftlichen Standpunkt vertreten und darauf aufmerksam gemacht, daß die Landwirtschaft den Fall von 1,60 M. auf den Doppelcentner ungenüher sehen würde. Indes ein preussischer Minister ist nicht bloß Ressortminister, sondern auch Staatsminister. Das ist der wesentliche Unterschied zwischen einem Minister und einem Parteimann. Der Parteimann hat keine andere Interessen wahrzunehmen wie die seiner Partei. (Widerspruch rechts.) Ich will so sagen: er kann sie wahrnehmen. Ein Ressortminister kann nicht immer die Interessen seines Ressorts wahrnehmen. Staatsminister v. Heyden hat sich dem Staatsinteresse untergeordnet; einen Grund, ihm Vorwürfe zu machen, haben die Herren Agrarier nicht.

Abg. Meier (Hr.): Die Herren wollen durch die Bewegung übersehen sein. Wer hat denn die ganze Organisation geübert? Hat nicht der Bauernbund Geld über Geld dafür verwendet und die Wähler durch Wanderlehrer betreiben lassen? Die Handelsverträge sollen durchgedrückt sein! Darüber klagt Graf Mirbach, dessen Freunde die Invalidenversicherung durchgedrückt haben, so daß sie mit 165 gegen 108 Stimmen schließlich angenommen wurde, während die Handelsverträge mit 243 gegen 88 Stimmen angenommen wurden. Von den Konservativen haben nur 85 dagegen gestimmt. Der Reichskanzler hat ganz recht: der landwirtschaftliche Minister in Preußen und der Reichskanzler sollen gestützt werden. Ich freue mich, daß der Reichskanzler dafür ein Gefühl hat, die Agrarier sind übermüthig geworden. Der Reichskanzler wundert sich, daß er keine Anerkennung finde; das Gefühl der Dankbarkeit geht den Herren überhaupt ab. (Heiterkeit rechts.) Das ist ganz der Ton, in dem immer verhandelt wird. Herr v. Mantuffel hat sich erlaubt zu sagen (Präsident v. Leseow bezeichnet diesen Ausdruck als unparlamentarisch). — Ich weiß nicht, was wir anfangen sollen, wenn das nicht einmal uns mehr gestattet sein soll, während man uns immerwährend angreift. (Präsident v. Leseow bestreitet, daß Angriffe gegen die linke Seite gerichtet sind.) Nun, wir werden uns alles gefallen lassen und nicht mehr dagegen sagen. Man hat uns vorgeworfen, daß wir die Landwirthe und die Landwirtschaft vernichten wollen. Sind Sie denn allein die Vertreter der Landwirtschaft? Aus einer solchen Stimmung heraus, wie die jetzige ist, sind die Artikel der „Kreuzzeitung“ entstanden. Nachher ist eine Veröhnung mit dem Fürsten Bismarck entstanden, ob gerade zum Wohle des Vaterlandes, lasse ich dahingestellt. Was verlangen Sie nicht alles? Die Aufhebung des Identitätsnachweises haben wir selbst angeregt und, und jetzt behaupten Sie, wir stehen im Stiche. Aenderung des Unterstufungswohnortes, da können wir mitgehen, aber nicht bei der Aenderung der Freizügigkeit, Agrarierthum und Antisemitismus ist die Fahne, unter der wir marschiren sollen; die krossste Interessenspolitik wollen Sie einführen. Das führt zur Störung der Staatsgewalt. Ein Monarch hat seinen Sankern einmal sein Quos ego! zugerufen. Das deutsche Volk wird den Antisemiten auch ein Quos ego! zurnfen. Die Agrarier und Antisemiten fürchten wir nicht. Wenn der Reichskanzler eine vollständige Politik treibt, dann wird er festhalten und das Deutsche Reich auch trotz des Ansturms der Agrarier und der Antisemiten. (Beifall links.)

Abg. von Staudt (L.): Ich freue mich über das Belenntnis des Reichskanzlers zum konservativen Gedanken. Ich möchte dem Reichskanzler nur sagen: Wenn wir scheinbar andere Wege gehen, als er, so werden wir niemals den konservativen Grundgedanken außer Acht lassen. Die morgige Versammlung ist uns zum Vorwurf gemacht worden. Uns hat es fern gelegen diese Bewegung irgendwie zu inszeniren, wir sind davon vollständig schuldlos. Aber die verbandelten Regierungen hätten das selbst sehen können, was jetzt vorliegt. Es ist nicht richtig, daß die Landwirtschaft beklagt sich über das, was geschieht und die Furcht vor dem russischen Handelsvertrage hat dem Fraß den Boden ausgefchlagen. Die Goldwährung, die Deffnung der Grenzen für die Vieheinfuhr und solche Dinge haben die Landwirthe aufgeregt. Sie fürchten namentlich von dem russischen Getreide. Importe die bedenkliche Konkurrenz, was schon bedenklich ist, da 1/2 des Getreides Importe, 1/4 der Roggencinfuhr aus Rußland kommt. Der Preissturz nach den Handelsverträgen war ein so bedenklicher, daß die Landwirtschaft schwer geschädigt wurde. Getreidepreise wie 1891 wünschen wir nicht; wir wünschen, sie wären niemals da gewesen. Wir kennen den janatischen Haß Rußlands gegen Deutschland. Nur die äußerste Noth konnte Rußland zu einem Handelsvertrag veranlassen. Es erwartet Vortheile für sein Getreide. Was bedeutet allein diesem Punkte gegenüber der Vortheil für

unsere Industrie. Bedauerlich war, daß der Staatssekretär des Innern keine Auskunft darüber geben konnte, ob auch die Landwirtschaft gehört worden sei vor der Instruktion unserer Vertreter in Wien. Das ist erst später vom Reichskanzler nachgetragen worden. Daß der Minister Baros dem Herrn Huber sagte: „Sie wollen mir wohl an die Kehle“, war ja sehr interessant; besser aber wäre es gewesen, wenn die Handelsverträge so abgeschlossen wären, daß der Minister Baros nicht wenige Wochen nachher mit Eisenbahnanpassungen die Wirkung der Zölle wieder vernichtete. An uns soll es nicht fehlen, wenn es gilt, die Wogen der neuen Bewegung einzudämmen. Aber wenn die Regierung erklärt, daß sie unentwegt dieselbe Politik verfolgen wolle, so kann ich die Bemerkung nicht unterdrücken, daß diese Politik lebhafteste Zustimmung erregt hat, daß wir aber diese Politik unentwegt bekämpfen werden.

Nachdem noch der Abg. Wiffert erklärt hat, daß die Konservativen die neue Bewegung nicht von ihren Hochschöben abschneiden könnten, erklärte der

Präsident v. Leseow: Die Debatte (die am 29. Januar eröffnet worden ist und volle dreizehn Sitzungen in Anspruch genommen hat) ist geschlossen. (Heiterkeit.) Ein Widerspruch ist nicht erhoben. (Große Heiterkeit.) Der Titel wird genehmigt.

Darauf wird um 5 1/2 Uhr die weitere Verathung bis Sonnabend 1 Uhr vertagt.

## Parlamentarisches.

In der Kommission zur Verberathung der lex Feige nahm die heutige Sitzung einen unerwarteten Verlauf. Zu Beginn der Sitzung beantragte der ultramontane Abg. Gröber (das Centrum ist über die Zweckmäßigkeit des Lattenarrest-Vorschlages getheilte Ansicht) die Regierungen aufzufordern, statistisches Material den Kommissionenmitgliedern zu übergeben, aus dem sich ergibt, wieviel Personen im Verhältnis zur Einwohnerzahl seit 1872 im Rückfall und wie viel wegen Vergehens u. s. w., die von besonderer „Rohheit oder Sittenlosigkeit“ zeugen sollen, bestraft sind, sowie Gutachten von den Gefängnisbeamten über die Wirkung von kurzen, von langen Freiheitsstrafen und von Strafverschärfungen vorzulegen. Die konservativen Lattenarrestwärmer und die Vertreter der Regierung wendeten sich sehr lebhaft gegen Beibringung von Material. Geheimrath Ober-Regierungsrath Dr. Tschendorfer veruchte einiges statistisches Material vorzuführen, Oberjustizrath Dr. Lucas erklärte es für unmöglich, das verlangte statistische Material beizubringen; die Gefängnisverwaltungungen habe die Regierung nicht befragt (N. Seiner Ueberzeugung nach würden die ersten Staatsanwälte als Gefängnisinspektoren sich in einem der Regierung günstigen Sinne ausprechen. Gröber erwiderte, die Erklärung, daß die Gefängnisbeamten nicht einmal befragt seien, genüge ihm; allerdings folgere er aus dieser Unterlassung in einer Anfrage das Gegenheil von dem, was die Regierung folgern zu dürfen glaubt. Bebel gestellte sehr scharf diese Art von Gesetzmacherei. Die Statistik erweist, soweit in Stärke übersehbar, in vielen Punkten das Gegenheil der Ansichten der Regierung. Die Gefängnisbeamten, als welche allerdings Staatsanwälte nicht angesehen werden können, seien gegenwärtig ihrer Praxis heraus gegen jede Strafverschärfung. Er verlange, wievor die Vorlage ohne weiteres abzuweisen, entscheiden die beantragte Vorlegung statistischen Materials. Nach lebhaftem Gegeunden entschied die Kommission mit 10 gegen 8 Stimmen im Sinne Gröber-Bebel und vertagte deshalb die Lattenarrest-Debatte. Es gelangte hierauf ein Antrag Bebel-Stadthagen auf Streichung des § 261 Nr. 6 Str.-G. zur Verberathung. Nach diesem Paragraphen ist eine „Weibsperson“ strafbar, welche wegen gewerbmäßiger Unzucht einer polizeilichen Aufsicht unterstellt ist, wenn sie den in dieser Hinsicht erlassenen sittenpolizeilichen Vorschriften zuwider handelt, oder, ohne einer solchen Aufsicht unterstellt zu sein, gewerbmäßige Unzucht treibt. Die Antragsteller stellten klar, daß in dieser Bestimmung eine Art das weibliche Geschlecht tief Herabwürdigendes und das Eingeständnis der heutigen Gesellschaft enthalte, daß sie ohne das Gewerbe der Prostitution nicht bestehen könne. Die Kontrollvorschriften seien theilweise Schuld an dem Jubaltertbum. Um aus Kontrolle zu gelangen, ließen sich Dirnen ohne oder gegen minimalen Lohn bei Krebitgebern beschäftigen, drückten so die Löhne und trieben ungezählte Arbeiterinnen, die von den lärglichen Groschen sich nicht erhalten können, zur Prostitution. Der Gesetzgeber solle das freie Koalitionsrecht zur Erbringung besserer Arbeits- und Lohnbedingungen den Arbeiterinnen geben und Behinderungen desselben, nicht die Anhebung dieses Rechtes unter Strafe stellen. Durch die Polizeikontrolle wird zugestandenemachen nach keiner Richtung hin etwas erreicht; nicht einmal der zehnte Theil der Prostituirten liegt unter Kontrolle. Die Prostituirten unterliegt ja denselben Strafgesetzen wie jeder andere Staatsbürger. Wollen aber die Freunde der heutigen Gesellschaftsordnung durchaus die gewerbmäßige Unzucht unter Polizeiaufsicht stellen — warum nicht das gleiche Recht dem starken Geschlecht gegenüber? Konsequenz sei es dann, auch die „Mannspersonen“, die, ohne sich polizeilicher Aufsicht zu unterstellen, gewerbmäßig oder gewohnheitsmäßig Unzucht treiben, zu strafen. Abg. Stöcker bedauerte, für den Antrag Bebel-Stadthagen, dem er aus Sittlichkeitsgründen sympathisch gegenüberstehe, nicht stimmen zu können, weil andere Schutzmaßregeln nicht vorhanden seien. Nachdem noch national-liberale und freisinnige Redner sich dagegen ausgesprochen, daß weibliche Prostituirte ihr Gewerbe in der manchesterischen Freiheit betreiben und daß die Männer bestraft werden, wurde der Antrag mit allen gegen die beiden Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr.

Die XI. Kommission des Reichstags, welcher der Entwurf eines Gesetzes gegen den Verroth militärischer Geheimnisse zur Verberathung überwiesen ist, hielt am Freitag den 17. d. Mts. eine Sitzung. Zur Begründung des Entwurfs leitete der General von Söller die Debatte mit einer längeren Rede ein. Redner gab eine Uebersicht über das System der Spionage, wie es durch die verschiedensten Landesvertragsproesse bekannt geworden ist. Durch diese Prozesse hat die Regierung in Erfahrung gebracht, daß eine vollständig organisierte Spionage besteht. Ein großer Theil der Verdächtigen konnte nicht bestraft werden, weil sie mit den bestehenden Gesetzen nicht zu fassen waren. Ein Gesetz wie der vorliegende Entwurf sei nöthig zur die Sicherheit des Landes. Der Strafrechtsprofessor und freisinnige Abgeordnete Dr. v. Bar ist kein Anhänger der Abschredungstheorie. Niemand hat man durch Abschredung die Verbrechen verhindert, oder sehr oft Zustände geschaffen, die uns beweisen, daß jene Theorie nicht das Mittel ist, um Verbrechen zu verhindern. Der Entwurf hat aber auch sonst noch bedenkliche Fehler. Ein Fehler ist es, wenn man den Begriff der Strafbarkeit zu weit faßt. Da ist es leicht möglich, daß jemand mit dem Gesetz in Konflikt kommt, dem es nie eingefallen ist, Handlungen zum Schaden des Vaterlandes zu begehen. Wenn jemand im Reichsinn einem Spion gegenüber eine Aeußerung fallen läßt, die nach diesem Gesetz als Strafthat angesehen wird, dann hat der Spion ihn in seiner Gewalt. So kann das Gesetz dazu beitragen, das zu fördern, was es verhindern soll. Auch leidet das Ansehen der Justiz darunter, wenn Personen wegen Handlungen in Untersuchung gezogen werden, welche von keinem Menschen in der Bevölkerung für Verbrechen gehalten werden.

Der konservative Dr. Schier und die ultramontanen Graf Matuschka und Dr. Preis traten, als Anhänger der Abschredungstheorie, für die Vorlage ein. Sie glaubten, die drakonischen Strafen des französischen Gesetzes bewirken es, daß in Frankreich weniger spioniert werde als in Deutschland.







## Achtung, Gewerbegelehrter-Wähler!

Um vielen Unklarheiten in bezug auf die Zugehörigkeit der Stadtbezirke zu den einzelnen Wahlbezirken, und gleichfalls vielen sonstigen Anfragen zu begegnen, bringen wir hiermit einen Auszug aus der „Bekanntmachung des Magistrats, betreffend das Gewerbegericht für die Stadt Berlin“. Außerdem seien die Wähler darauf hingewiesen, daß der letzte Steuerzettel ihnen ganz genaue Auskunft darüber giebt, zu welchem Stadtbezirk sie gehören.

Die Obmänner der Bezirksbüros werden ersucht, sich Sonntag, Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Rehner, Kauenstr. 16, einzufinden.

Die Berliner Streit-Kontrollkommission.

**1. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 1 bis 5, mit Ausschluß der Grundstücke: Alexanderstr. 18 von Stadtbez. 3, Kleine Präsidentenstr. 6 und 7 und Neue Promenade 9 und 10 von Stadtbez. 5.

**2. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 6 bis 10 und von Stadtbez. 144: Kl. Kurstr. 9, Niederwallstr. 24 und 25, Spittelmarkt 14 und 14a.

**3. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 11 bis 15, 18 bis 20 und von Stadtbez. 16: Markgrafenstr. 37-38 und 57-58; von Stadtbez. 17: Charlottenstr. 29-32 und 61-62, Friedrichstraße 63-65 und 186-190, Kronenstr. 60; von Stadtbez. 21: Königsgräberstr. 121; mit Ausschluß der Grundstücke: Krausenstraße 1-3 und 72-77, Mauernstr. 8-11 und 69-79 von Stadtbezirk 18.

**4. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 16, 17, 22 bis 25 und von Stadtbez. 18: Krausenstr. 1-3 und 72-77, Mauernstraße 8-11 und 69-79; von Stadtbez. 26: Charlottenstr. 11-12; von Stadtbez. 27: Junkerstr. 1, Lindenstr. 89, Markgrafenstraße 10-16 und 85-94; mit Ausschluß der Grundstücke: Markgrafenstr. 37-38 und 57-58 von Stadtbez. 16, Charlottenstraße 29-32 und 61-62, Friedrichstr. 63-65 und 186-190, Kronenstr. 60 von Stadtbez. 17, Wilhelmstr. 42A, Zimmerstr. 1 von Stadtbez. 22.

**5. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 21, 26 bis 30 und von Stadtbez. 29: Wilhelmstr. 42A, Zimmerstr. 1; mit Ausschluß der Grundstücke: Königsgräberstr. 121 von Stadtbez. 21, Charlottenstr. 11-12 von Stadtbez. 26, Junkerstr. 1, Lindenstraße 89, Markgrafenstr. 10-16 und 85-94 von Stadtbez. 27.

**6. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 40-42 und 50-53 und von Stadtbez. 91: Emsstr. 46; mit Ausschluß der Grundstücke: Denebstr. 9 und 33-38, Kurfürstenstr. 173-173A von Stadtbez. 42.

**7. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 31-39 und von Stadtbez. 45: Frobenstr. 1-11 und 41, An der Apostelkirche 1, Kurfürstenstr. 20-46 und 139-150; von Stadtbez. 46: Wiltonstraße 93; mit Ausschluß des Grundstücks: Emsstr. 46 von Stadtbez. 31.

**8. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 43-49 und von Stadtbez. 42: Denebstr. 9 und 33-38, Kurfürstenstr. 173 bis 173A, mit Ausschluß der Grundstücke: Frobenstr. 1-11 und 41, An der Apostelkirche 1, Kurfürstenstr. 20-46 und 159 bis 160 von Stadtbez. 45, Wiltonstr. 93 von Stadtbez. 46.

**9. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 54 bis 62, mit Ausschluß der Grundstücke: Belle-Alliancestr. 107, Blücherplatz 1 und 2, Halleischer Kirchhof von Stadtbez. 54.

**10. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 63 bis 73 und von Stadtbez. 54: Belle-Alliancestr. 107, Blücherplatz 1 und 2, Halleischer Kirchhof; von Stadtbez. 63: Belle-Alliancestraße 90, Gneisenaustr. 1.

**11. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 63 bis 67 und 74 bis 78, mit Ausschluß der Grundstücke: Belle-Alliancestr. 90, Gneisenaustr. 1 von Stadtbez. 63.

**12. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 104 bis 113.

**13. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 88 bis 94 und von Stadtbez. 87: Admiralstr. 38-40a, Bräuerstr. 25, Rottbuschstraße 7 und 8, mit Ausschluß der Grundstücke: Reichenbergerstraße 173 von Stadtbez. 89, Kaufingerstr. 1, Staligerstr. 39, 40 und 46, Wienerstr. 68 und 69 von Stadtbez. 94.

**14. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 95 bis 103 und von Stadtbez. 94: Kaufingerstr. 1, Staligerstr. 39, 40 und 46, Wienerstr. 68 und 69, mit Ausschluß der Grundstücke: Mantuffelstr. 42, Oranienstr. 1 von Stadtbez. 95, Mariannenstr. 51 bis 53, Raunynstr. 2-15, Mariannenplatz 6a von Stadtbez. 97.

**15. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 82 bis 85 und von Stadtbez. 81: Elisabeth-Ufer 86; von Stadtbez. 86: Oranienstraße 24-26 und 180-183; von Stadtbez. 95: Mantuffelstraße 42, Oranienstr. 1; von Stadtbez. 97: Mariannenstr. 51 bis 53, Raunynstr. 2-15, Mariannenplatz 6a, mit Ausschluß der Grundstücke: Adalbertstr. 85 und Raunynstr. 59 von Stadtbezirk 83.

**16. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbez. 79-81, 86 und 87 und von Stadtbez. 83: Adalbertstr. 85 und Raunynstr. 59; von Stadtbezirk 89: Reichenbergerstr. 173; mit Ausschluß der Grundstücke: Elisabeth-Ufer 86 von Stadtbez. 81, Oranienstr. 24-26 und 180-183 von Stadtbez. 86, Admiralstr. 38-40a, Bräuerstr. 25, Rottbuschstr. 7 und 8 von Stadtbez. 87.

**17. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 114-117, 123 und 124, mit Ausschluß der Grundstücke: Brandenburgstr. 17 und 64, Wasserthorstr. 25a von Stadtbez. 116, Pringenzstr. 91, Nitterstr. 19a bis 29 und 96-103 von Stadtbez. 123.

**18. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 118 bis 122 und 127 und von Stadtbez. 116: Brandenburgstr. 17 und 64, Wasserthorstr. 25a; von Stadtbez. 123: Pringenzstr. 91, Nitterstraße 19a-29 und 96-103; mit Ausschluß der Grundstücke: Brandenburgstr. 32-36 und 48-49, Mathieustr. 1 von Stadtbez. 122, Alexandrinenstr. 39, Alte Jakobstr. 116, Kommandantenstr. 43, Oranienstr. 70-75a und 130-136 von Stadtbez. 127.

**19. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 125, 126, 131 bis 134 und von Stadtbez. 122: Brandenburgstr. 32-36 und 48-49, Mathieustr. 1; mit Ausschluß der Grundstücke: Reanderstr. 17 bis 18, Kamenstr. 4-10 und 41-45, Dresdenerstr. 52-54 von Stadtbez. 134.

**20. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 136 bis 142 und von Stadtbez. 134: Kamenstr. 4-5, Reanderstr. 17-18; mit Ausschluß der Grundstücke: Neue Jakobstr. 1-14, 17-22 und 24-28, Inselfstr. 13-13a, Schmidtstr. 22 von Stadtbez. 136, Inselfstr. 10-12 von Stadtbez. 142.

**21. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 123 bis 130, 135, 143 und 144 und von Stadtbez. 127: Alexandrinenstr. 39, Alte Jakobstr. 116, Kommandantenstr. 43, Oranienstr. 70-75a und 130-136; von Stadtbez. 134: Kamenstr. 6-10 und 41-45, Dresdenerstr. 52-54; von Stadtbez. 136: Neue Jakobstr. 1-14, 17-22 und 24-28, Inselfstr. 13-13a, Schmidtstr. 22; von Stadtbez. 142: Inselfstr. 11-12; mit Ausschluß der Grundstücke:

Kl. Kurstr. 9, Niederwallstr. 24 und 25, Spittelmarkt 14 und 14a von Stadtbez. 144.

**22. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 145 bis 148, 150, 151 und 201 und von Stadtbez. 3: Alexanderstr. 18; von Stadtbezirk 152: Gr. Frankfurterstr. 49 und 89, Marxstr. 30; von Stadtbez. 153: Gr. Frankfurterstr. 90-100; von Stadtbez. 156: Gr. Frankfurterstr. 38-48, Weberstr. 64; mit Ausschluß der Grundstücke: Gr. Frankfurterstr. 70, Schillingstr. 20 vom Stadtbezirk 146, Kl. Marxstr. 14-15, Kraustr. 16-18a von Stadtbezirk 150, Kraustr. 1a-2, 3-10, 47-52 und 54a-55a von Stadtbez. 151, Georgenkirchplatz 33 und 34, Neue Königinstr. 47 bis 49, Kurzestr. 1, Landsbergerstr. 60-67, Prenzlauerstr. 32 und 32a, Alte Schützenstr. 8-12 von Stadtbez. 201.

**23. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 149, 162 bis 165 und von Stadtbez. 150: Kl. Marxstr. 14-15, Kraustr. 16 bis 18a; von Stadtbez. 151: Kraustr. 3-10 und 47-52; mit Ausschluß der Grundstücke: Andreasstraße 41-44 und 47, Blumenstraße 34a-41 und 43-51, Kraustr. 53-54, von Stadtbezirk 162.

**24. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 168 bis 173, mit Ausschluß der Grundstücke: Breslauerstr. 17, Fruchtstraße 9-10 und 81-82, Koppensstraße 5-7 und 87, Schleißer Bahnhof, Empfangsgebäude und Bahnanlagen bis zur Warschauerstraße von Stadtbez. 168, Rüdersdorferstr. 41-51 von Stadtbez. 172, Koppensstr. 40 von Stadtbez. 173.

**25. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 166, 167, 174 bis 178 und von Stadtbez. 168: Breslauerstr. 17, Fruchtstr. 9-10 und 81-82, Koppensstr. 5-7 und 87, Schleißer Bahnhof, Empfangsgebäude und Bahnanlagen bis zur Warschauerstraße; von Stadtbez. 172: Rüdersdorferstr. 41-51; von Stadtbez. 173: Koppensstr. 40.

**26. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 157, 158, 160, 161, 179-181, 189-191 und von Stadtbez. 153: Gr. Frankfurterstr. 127, Koppensstr. 41; von Stadtbez. 155: Palliadenstr. 88-89, Straußbergerstr. 9 und 33; von Stadtbez. 159: Gr. Frankfurterstr. 19, Koppensstr. 42-43, Palliadenstr. 38; mit Ausschluß der Grundstücke: Am Friedrichsbain, Straße I von Straße „Am Friedrichsbain“ bis Straße II (Abtheil. XIII des Bebauungsplans) von Stadtbez. 159.

**27. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 152 bis 156, 159 und von Stadtbez. 146: Gr. Frankfurterstr. 70, Schillingstr. 20; von Stadtbez. 151: Kraustr. 1a-2 und 54a-55a; von Stadtbezirk 162: Andreasstr. 41-44 und 47, Blumenstr. 34a-41 und 43-51, Kraustr. 53-54; mit Ausschluß der Grundstücke: Gr. Frankfurterstr. 49 und 89, Marxstr. 30 von Stadtbez. 152, Gr. Frankfurterstr. 90-100 und 127, Koppensstr. 41 von Stadtbez. 153, Palliadenstr. 88-89, Straußbergerstr. 9, 35 von Stadtbez. 155, Gr. Frankfurterstr. 38-48, Weberstr. 64 von Stadtbez. 156, Gr. Frankfurterstr. 19, Koppensstr. 42-43, Palliadenstr. 38 von Stadtbez. 159.

**28. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 182, 183, 196 bis 200 und von Stadtbez. 184: Barnimstr. 50, Landsbergerstraße 17-19 und 101-105; von Stadtbez. 188: Barnimstr. 33 und 33a, Georgenkirchstr. 59, Fiederstr. 17; von Stadtbez. 195: Neue Königinstr. 19-19c und 76, Gollnowstr. 1; von Stadtbez. 201: Georgenkirchplatz 33-34, Neue Königinstr. 47-49, Kurzestr. 1, Landsbergerstr. 60-67, Prenzlauerstr. 32-32a, Alte Schützenstr. 8-12; von Stadtbezirk 202: Alexanderstr. 53, Prenzlauerstr. 30-31, mit Ausschluß der Grundstücke: Büschingplatz 1, Reuherstr. 8, Weinstr. 20-20a von Stadtbez. 183.

**29. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 184 bis 188, 192 bis 195 und von Stadtbez. 183: Büschingplatz 1, Reuherstraße 8, Weinstr. 20-20a; von Stadtbez. 189: Straße „Am Friedrichsbain“, Straße I (Abth. XIII des Bebauungsplans) von der Straße „Am Friedrichsbain“ bis Straße II; von Stadtbezirk 207: Heinersdorferstr. 1 und 2, Prenzlauer Allee 21-22; mit Ausschluß der Grundstücke: Barnimstr. 50, Landsbergerstr. 17-19 und 101-105 von Stadtbez. 184, Barnimstr. 33 und 33a, Georgenkirchstr. 59, Fiederstr. 17 von Stadtbez. 188, Neue Königinstr. 19-19c und 76, Gollnowstr. 1 von Stadtbez. 195.

**30. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 202 bis 209 und von Stadtbez. 210: Gipsstr. 18, Rosenthalerstr. 25; von Stadtbez. 213: Rinnierstr. 202; mit Ausschluß der Grundstücke: Alexanderstr. 53, Prenzlauerstr. 30 und 31 von Stadtbez. 202, Münzstraße 8-9 von Stadtbezirk 203, Münzstraße 1-7, Kochstr. 1-8 und 15-19, Straße längs der Stadtbahn, Gehäuser dieser und der Kochstraße, von Stadtbez. 206: Neue Schönhäuserstr. 1 und 1a, Weinmeisterstr. 1a-8 von Stadtbez. 207.

**31. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 210 bis 215 und von Stadtbez. 5: Kl. Präsidentenstr. 6 und 7, Neue Promenade 9 und 10; von Stadtbez. 205: Münzstr. 8-9; von Stadtbez. 206: Münzstr. 1-7, Kochstr. 1-6 und 15-19, Straße längs der Stadtbahn, Gehäuser dieser und der Kochstraße; von Stadtbezirk 207: Neue Schönhäuserstr. 1 und 1a, Weinmeisterstr. 1a bis 8; von Stadtbez. 216: Auguststr. 1-2 und 89-93; mit Ausschluß der Grundstücke: Gipsstr. 18, Rosenthalerstr. 25 von Stadtbez. 210, Artilleriestr. 13-16, Ziegelstr. 14-21 von Stadtbez. 211, Lintenstr. 202 von Stadtbez. 213, Artilleriestr. 4a bis 4c, 21 und 31-31a, Auguststr. 4, Oranienburgerstr. 35-39 und 64-69 von Stadtbez. 215.

**32. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 218 bis 225 und von Stadtbez. 226: Fehrbellinerstr. 58-62; von Stadtbez. 233: Kastanien-Allee 36 und 70, Schwedterstraße 29; mit Ausschluß der Grundstücke: Angermünderstraße 1, Christinenstraße 1, Lothringerstraße 23-27 von Stadtbezirk 221, Chorinerstr. 4-6 und 78-86, Zehdenickerstr. 9 von Stadtbezirk 225.

**33. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 226, 227, 255, 256, 268 und 269 und von Stadtbez. 221: Angermünderstr. 1, Christinenstr. 1, Lothringerstr. 23-27; von Stadtbez. 225: Chorinerstr. 4-6 und 78-86, Zehdenickerstr. 9; von Stadtbez. 257: Kaserstr. 27-28 und 143, Invalidenstr. 148-163 und Bergstr. 30 u. 31, Pappel-Platz; von Stadtbez. 267: Bergstr. 62; von Stadtbez. 269: Eisoffenstr. 27-30; von Stadtbez. 282: Invalidenstr. 80-88.

**34. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 216, 217, 270 bis 283 und 285 und von Stadtbez. 211: Artilleriestr. 13-16, Ziegelstraße 14-21; von Stadtbez. 215: Artilleriestr. 4a-4c, 21 und 31-31a, Auguststr. 4, Oranienburgerstr. 35-39 und 64-69; von Stadtbez. 286: Al-Roabit 129 und Weierstr. 21; mit Ausschluß der Grundstücke: Auguststr. 1-2 und 89-93 von Stadtbezirk 216, Invalidenstr. 80-88 von Stadtbez. 282.

**40. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 284, 286 bis 304, mit Ausschluß der Grundstücke: Al-Roabit 129 und Weierstraße 21 von Stadtbez. 286.

**41. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 305 bis 318 und von Stadtbez. 319: Panstr. 7 und 47; mit Ausschluß der Grundstücke Schulstr. 61-86 von Stadtbez. 313.

**42. Wahlbezirk**, enthaltend Stadtbezirke 276 bis 278, 319 bis 326 und von Stadtbez. 313: Schulstr. 61-86, mit Ausschluß der Grundstücke Panstr. 7 und 47 von Stadtbez. 319.

## Parteinachrichten.

Aus dem Wahlkreise Liegnitz wird uns geschrieben: Nach der Meinung eines Genossen (siehe Briefkasten des „Vorwärts“ Nr. 38) soll die Agitation im Wahlkreise Liegnitz seitens der Parteileitung vernachlässigt worden sein. Diese Annahme ist irrig. Der Fragesteller scheint gar keine Ahnung davon zu haben, mit welchen Schwierigkeiten die Genossen des Liegnitzer Wahlkreises zu kämpfen haben. Während dem Freisinn in allen Orten des Kreises Versammlungsorte zur Verfügung stehen (zu einem großen Theile auch den Antifemiten), ist es den Sozialdemokraten nur möglich, in Liegnitz, Haynau und Goldberg Versammlungen einzuberufen. Das Lokal in Liegnitz ist sehr klein, es faßt kaum 300 Personen. Um den Arbeitern Gelegenheit zum Besuch der Versammlungen zu geben, hat das Wahlkomitee des Kreises die Stadt Liegnitz in drei Bezirke eingetheilt und fordert die Wähler auf, die Versammlungen bezirksweise zu besuchen, was auch mit bewundernswerther Pünktlichkeit ausgeführt wird. Selbst eine Versammlung für Landleute mußte in diesem Lokale abgehalten werden. An einem Tage fanden drei solcher Versammlungen in Liegnitz statt. Referent war Genosse Kühn aus Langenbielau. In den drei Versammlungen mögen gegen 1000 Personen gewesen sein. Kühn sprach auch in Haynau und Goldberg und wird am Sonntag in Nidoistadt reden. Die Agitation betrieb ferner Genosse Geysler aus Breslau. Er sprach in Liegnitz und Goldberg. Genosse Stolz aus Liegnitz referirte in Liegnitz und war auch bemüht, in den gegnerischen Versammlungen zu Worte zu kommen, was selbstverständlich schwer zu erreichen war. Genosse Hennig aus Breslau agitirte ebenfalls im Kreise. Seitens der Parteileitung wurden die Abgeordneten Förster und Schmidt (Sachsen) beauftragt, in die Agitation einzugreifen. So sprach Förster dreimal in Liegnitz, je einmal in Haynau und Goldberg. Er besuchte ferner eine antifemistische Versammlung, wo er auch zu Worte kam. Als aber die Antifemiten merkten, daß Förster ihnen den Boden unter den Füßen heiß machte, beschnitten sie ihm die Kehle. Die Herren Liebermann, Werner, Pickenbach und Hertwig trübten sich schon seit geraumer Zeit im hiesigen Wahlkreise herum. Was in den antifemistischen Versammlungen zusammengekommen wird, das protzert jeder Beschreibung. Besonders werden die sozialistischen Vertreter verlästert, und dabei ist doch unter diesen nicht ein einziger, der wegen ehrenrühriger Vergehen mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt gekommen wäre, wie das bei den Herren Antifemiten der Fall ist. Der Spießbürger hat übrigens noch gar keine Ahnung davon, wie er von den latinitarischen antifemistischen Griffen an der Nase herumgeführt wird. Jetzt erzählt man sich hier, daß der Herzog von Ujest den Antifemiten 1700 Mark geschenkt habe, woron die Antifemitenhäuptlinge ganz flott leben können. Sie haben sogar den größten Saal in Liegnitz für die Dauer der Wahlkampagne gepachtet und über dort unbefristet die räpelhafteste Polizeigewalt aus. Wer sich von den Gegnern in den Versammlungen rührt, wird an die frische Luft gesetzt. Die Pöbelhaftigkeit der Angriffe der Antifemiten auf die Sozialdemokraten einmal Summa-Summarum zu kritisieren, hielt Reichstags-Abgeordneter Schmidt (Sachsen) zwei Vorträge in Liegnitz über Antifemismus und Sozialismus. Zu einem dieser Vorträge wollte auch der Antifemist Hertwig erscheinen. Wer aber nicht kam, waren die Antifemiten. Wenn's gilt, reißt sie aus wie Schafleder. Schmidt gepflückte das antifemistische Lügengewebe unbarmherzig. Seine Ausführungen mochten bei gewissen Leuten Bedenken erweckt haben. Die conservative Presse schweigt sich über die Versammlung aus. Schmidt hielt auch am Donnerstag in Haynau und am Sonntag in Goldberg Versammlungen ab. Hiermit dürfte bewiesen sein, daß die Sozialdemokraten im Liegnitzer Kreise sehr rührig sind. Besser, als gefehden, können sie nicht agitieren - sie haben eben, wie gesagt, keine Versammlungsorte. Die Genossen verbreiteten auch zwei Flugblätter zu je 3000 Exemplaren. Die Verbreitung wurde von ca. 200 Genossen besorgt, die gegen 300 ländliche Ortschaften zu belegen hatten. Nebenbei wurden sie auf dem Lande freudig aufgenommen. Und das will viel sagen. Um so mehr, da die Antifemiten - besonders aber Liebermann - indirekt die Landleute zu Gewaltthatigkeiten anforderten. Diese Anforderung geschah in einem Flugblatt; die betreffende Stelle lautet: „Die Sozialdemokraten aber haben es offen ausgesprochen, daß sie den Bauer und den kleinen Handwerker ruinieren wollen, damit sie zu Proletariern werden und der Sozialdemokratie zulassen. Jeder Güter-Ausschlächter, jeder Auktionator besorgt unser Geschick“, so schrieb der sozialdemokratische Führer Friedrich Engels in der „Sächs. Arbeiter-Zeitung“. In Halle auf ihrem Parteitag haben die Sozialdemokraten beschlossen, jetzt auf Land zu gehen und die ländlichen Arbeiter gegen ihre Arbeitgeber aufzuwecken. Also, seid auf der Hut, Ihr deutschen Bauern! Zeigt jedem Sozialdemokraten, der Euch ins Dorf kommt, um Euch gegen Kaiser und Vaterland und gegen die Religion aufzuwecken, deutlich, wo der Weg zum Dorfe hinaus geht.“ Aus diesem Flugblatt ersieht zugleich die Leser, mit welcher erbärmlich-niedrigen Mitteln die Antifemiten agitieren, dieselben Leute, die sich berufen fühlen, Staat und Gesellschaft zu stützen. Wahrlich, der Staat und die Gesellschaft, die von solchen Leuten beschützt wird, ist zu bemitleiden. [a.]

Der Sozialdemokratische Verein Bremens hat die in der Bürgerchaft sitzenden Genossen beauftragt, dieser Körperchaft folgenden Antrag zu unterbreiten: „Die Bürgerchaft fordert den Senat auf, bei der Aktiengesellschaft „Große Bremer Pferdebahn“ dahin zu wirken, daß deren Angehörige eine Mittagspause von mindestens 1 1/2 Stunden, ohne Verkürzung der sonst freien Zeit, erhalten, damit die Betroffenen nicht mehr gezwungen sind, ihr Mittagessen im Wagen resp. auf den Endstationen einnehmen zu müssen.“

Wie ich Sozialdemokrat geworden bin. Unter diesem Stichwort schreibt uns ein Genosse aus der Rheinpfalz: Mein Geschäft ist die Wagnererei. Daneben bin ich, wie es das Leben auf dem Lande gewöhnlich mit sich bringt, auch Metzger. Ich hatte früher viel zu thun und daher keine Zeit, mich ernstlich um Politik zu kümmern. Zudem war ich ein echter Betrüder und wenn Wahlzeit war, so brüllte ich bei 50 Hurraschreien tapfer mit. So vegetirte ich fort, bis ich das 50. Lebensjahr erreichte. Um diese Zeit ging mein Geschäft zurück. Ich hatte viele Verluste, das Lehrte mich denken. Meine Kunden, die Jahrleute und Bauern, gehen in ihren Verhältnissen zurück; sie konnten mir oft, beim besten Willen, nicht bezahlen. Zunächst wurde ich über die Religion fröhlich. Warum schien die Sonne des Glücks auf meinen Nebenmann, der viel weniger redlich war als ich? Kurz, ich begann zu zweifeln und ging immer seltener in die Kirche. Im Frühjahr 1891 kam mir zufällig ein schweizerisches sozialdemokratisches Blatt in die Hände. Als ich's gelesen hatte, war ich auf andere Gedanken gekommen. Früher hatte ich gegen die Sozialisten Mißtrauen. Warum? Ich las immer nur Blätter, in denen auf sie losgedonnert wurde. Ein Genosse, der wohl von meiner Sinneswandlung gehört hatte, schickte mir nun die Mannheimer „Volksstimme“ zu. Manich' scharfer Kuffak darin

wollte erst nicht in meinen Kopf. Nachdem ich das Blatt weiter gelesen hatte, schwand mein Mißtrauen gegen die Sozialdemokratie, zumal dann ein Genosse ins Dorf zog, der lange unter der sächsischen Arbeiterbevölkerung gelebt hatte und auch als Redner aufgetreten war. Dieser gab mir über vieles Aufklärung und ließ mich auch Weibel's Buch: „Die Frau“ lesen. Als ich's gelesen hatte, fiel es mir wie Schuppen von den Augen. Erstaunt fragte ich mich selbst: Ist es möglich, daß, wie Weibel schreibt, die Welt auch anders regiert werden kann? Ich hatte einen großen Kampf mit mir, endlich gewann ich die Ueberzeugung, daß das wirklich so sein könne. Schreibt doch die Natur nichts vor, daß einzelne Menschen das Recht hätten, durch die Arbeit anderer Reichthümer anzuhäufen und daß die arbeitenden Massen Jahr ein Jahr aus darben und hungern müßten, trotz aller Arbeit. Vielmehr hat ja schon Jesus von der Gleichheit gesprochen und die Geistlichen predigen sie ja selbst von der Kanzel herab, während sie freilich im praktischen Leben bei den Reichen stehen, denselben Leuten, auf die der Nazarener losdonnerte. Die Folge meiner Belehrung blieb nicht aus, denn mein Gewissen trieb mich, hier auch andere zu unterrichten, was natürlich in den Reihen meiner Bekannten großes Erstaunen verursachte. Erst warnte man mich, dann drohte man und meinte, ich sollte mich schämen, einer solchen Partei anzugehören. Aber ich blieb die gebührende Antwort nicht schuldig und nun sah man mir einen Geschäftskonkurrenten hierher und ich verlor Kunden. Die Leute begegneten mir trotzig, der Geistliche ließ Gewitter auf mich los, aber ich blieb standhaft, weil ich voll davon überzeugt bin, daß nur die Sozialdemokratie im Stande ist, durchgreifende Reformen herzustellen. Noch etwas! Der Herr Minister v. Bötticher glaubt an keinen Nothstand. Aber wenn er sich überzeugen will, so soll er nur in die schöne Pfalz kommen und genau, ganz genau untersuchen; er wird dann anderer Meinung werden. Die gegnerischen Blätter schreiben, die sozialistischen Redner sollten nur nicht aufs Land kommen, da würde ihnen heimgeleuchtet werden; aber die das schreiben, irren sich sehr, denn in weiten Kreisen der ländlichen Bevölkerung heißt es jetzt bei uns: Die Sozialdemokraten haben recht, unsere frühere Wählererei nützte uns nichts, denn wir werden ja immer ärmer, und wenn wieder Wahl ist, werden wir wissen, was wir zu thun haben.

Aus dem Buche Bismarck'scher Frevel. Die Augsburg. Volks-Zeitung veröffentlichte dieser Tage folgende Bekanntmachung aus dem Jahre 1878: „An unsere Arbeiter! Zwei schmachvolle Angriffe auf das Leben unseres erhabenen Kaisers müssen auch dem Gleichgültigsten die Augen öffnen über die schließlichen Resultate der sozialdemokratischen Agitation, und an jeden Deutschen tritt die Pflicht unabweißbar heran, diesen Umtrieben mit allen Kräften entgegen zu treten. Wenn wir nun auch gerne anerkennen, daß jene unheilvollen Lehren unter unseren Arbeitern verhältnismäßig nur wenige Anhänger gefunden haben und sich gerade Augsburg durch das gute Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter vor vielen Fabriksstätten auszeichnet, so müssen wir doch bedacht sein, auch das Anfrige zur Bekämpfung dieser Bestrebungen und damit zur Abwendung unermesslichen Unglücks beizutragen. Wir sind deshalb übereingekommen, fortan niemand zu beschäftigen, der sich an der sozialdemokratischen Agitation beteiligt, und werden in Ausführung dieses Beschlusses vom 15. Juli d. J. an jeden Arbeiter entlassen, welcher alsdann noch einem sozialdemokratischen Verein angehört, eine sozialdemokratische Zeitung verbreitet oder in anderer Weise die Zwecke der sozialdemokratischen Partei zu fördern sucht. Augsburg, den 15. Juni 1878.“ (Folgen 40 Unterschriften aller großen Fabriken.)

Der 14. Januar verfolgt und verbannt, sieht heute die Sozialdemokratie Augsburg im Gewerbegericht und rüftet sich, die Bourgeoisie aus Land- und Reichthum mit zu verdrängen. Und der Staatsmann, der in frevelhaftester Verlogenheit die Attentate der Sozialdemokratie zuschob, um sich, wie er später selbst eingestand, eine gefügige Reichstagsmehrheit zu verschaffen, mit deren Hilfe er dann für sich, für die Junker und für die Schlotbarone den großen Raubzug in die Taschen des Volkes unternahm, er sitzt — ein warnendes Exempel für alle Volkseinde — heute verjagt und verachtet im Sachsenwalde und verzehrt sich im Grimm darüber, der Sozialdemokratie nicht mehr schaden zu können.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Am 10. Februar fand gegen den Genossen Feldmann aus Langenbickau vor der Strafkammer in Schwelmbühn Verurtheilungsverhandlung statt wegen der letzten von ihm in Peilau abgehaltenen Versammlung. Diese war von Kühn angemeldet worden; da dieser aber an dem betreffenden Tage im Neuroder Kreise zu referiren hatte, ging Feldmann an seiner Stelle nach Peilau. Der dortige Amtsvorsteher erklärte nun, daß nur Kühn, aber nicht Feldmann berechtigt sei, die Versammlung zu eröffnen, weil dieser der Anmelder sei. Diese Ansicht des Amtsvorstehers findet weder im Gesetz, noch in der bisher üblichen Rechtsprechung irgend eine Begründung, und es würde dem Amtsvorsteher dies auch klar gemacht worden sein, wenn Genosse Feldmann den Bescheidemweg beschritten hätte; statt dessen aber hat er, trotzdem der Amtsvorsteher vorher formell erklärt hatte, daß er im Namen des Gesetzes die Abhaltung der Versammlung verbiete resp. dieselbe auslöse, die Versammlung abgehalten und sich dadurch nach Ansicht des Schöffengerichts Reichsbach die Anwartschaft auf 10 Tage Gefängniß oder 30 M. Geldstrafe erworben. Diese Verurtheilung wurde von der Strafkammer durch Verwerfung der Berufung bestätigt.

## Gerichts-Beitrag.

Eine alte Markt- und Ladendiebin stand gestern in der Person der Wittwe Bertha Berkaowski vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. Die Angeklagte, welche körperlich einen sehr lässlichen Eindruck macht, hat es nicht nötig, zu stehen, denn sie führt ihrem in Friedrichshagen wohnhaften Sohne die Wirtschaft und leidet absolut keine Noth. Trotzdem ist sie der hiesigen Kriminalpolizei als Marktdiebin bekannt. Sie hat schon mehrere Vorstrafen wegen Diebstahls erlitten und kommt regelmäßig von Friedrichshagen nach Berlin, um hier in der Central-Markthalle umherzustrandeln. Dies war auch am 17. Dezember der Fall. Sie blieb ein Weilchen vor dem Stande des Ganshändlers Steffen stehen und wandte sich dann plötzlich einem Fischhändler zu. Ein Vorübergehender hatte bemerkt, daß dabei eine feiste Gans unter dem großen Radmantel der durchaus unverdächtig aussehenden Dame verschwunden war. Er machte den Verkäufer darauf aufmerksam, und dieser suchte sich dadurch Gewißheit zu verschaffen, daß er der Angeklagten nachließ und ihren Radmantel nach beiden Seiten hin aufdeckte. Zuerst bemerkte er nichts, als er aber genauer zusah, entdeckte er, daß die Angeklagte den Hals der Gans so kunstgerecht unter ihren Arm geklemmt hatte, daß sie ihre Arme frei bewegen konnte und die an der Seite herabhängende Gans unter dem Mantel kaum zu sehen war. Als man sie zur Polizei führte, wurden dort noch ca. 3 Pfund Fleisch, die sie offenbar gleichfalls gestohlen hatte, bei ihr vorgefunden, ferner hatte sie mehrere kleine Leinwandstücke bei sich. Sie behauptete, daß sie gedankenschwach und des Glaubens gewesen sei, die Gans erhandelt und bezahlt zu haben. Ihr kranklicher Zustand während der Untersuchungsfrist und ihre eigenen Verichte über die Krankheiten, die sie durchgemacht, ließen es dem Ob. Medizinalrath Lewin als wahr erscheinen, daß die Angeklagte geistesgehebt sei. Nach Kenntniß ihrer Vorstrafen und nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme ließ jedoch der Sachverständige diese Ansicht fallen, und war mit dem Sanitätsrath

Dr. Mittenzweig der Ueberzeugung, daß eine krankhafte Störung der Geisteskräfte nicht vorliege. Der Staatsanwalt beantragte diesmal eine empfindliche Strafe gegen die Angeklagte in Höhe von 3 Jahren Zuchthaus. Der Gerichtshof billigte ihr auf den Antrag des Rechtsanwält Dr. Schmidt mit Rücksicht auf ihren leidenden Körperzustand mildernde Umstände zu und verurtheilte sie zu 1 1/2 Jahren Gefängniß.

Neun Vorstandsmitglieder der Freien Gemeinde in Nixdorf standen am Donnerstag unter der Anklage des Vergehens gegen das Vereinsgesetz vor der ersten Strafkammer am Landgericht II. Die Gemeinde ist im Frühjahr 1890 begründet worden mit der im § 1 des Statuts festgelegten Tendenz, religiöse und sittliche Vorträge zu halten und Religionsunterricht an die Kinder der Mitglieder zu ertheilen. Bis zum Jahre 1892 glaubte aber die Verwaltungsbehörde die Ueberzeugung gewonnen zu haben, daß die Gemeinde lediglich oder doch in der Hauptsache politische Zwecke verfolgte und diese Zwecke nur hinter der Maske der Religiosität versteckte, um sich den Bestimmungen des Vereinsgesetzes zu entziehen. Der Gemeinde wurde daher amtlich aufgegeben, die ein- und austretenden Mitglieder an- und abzumelden und die bereits aufgenommenen Frauen und Kinder wieder auszuscheiden. Die Freie Gemeinde remonstrierte hiergegen bei der Verwaltungsbehörde, wurde aber damit abgewiesen und da in der Zeit vom Mai bis Juni 1892 wiederum weibliche Mitglieder aufgenommen wurden, so wurde der gesamte Vorstand unter Anklage gestellt, vom Schöffengericht in Nixdorf aber freigesprochen, weil nicht nachgewiesen schien, daß unter Billigung und Mitwirkung der einzelnen Angeklagten politische Gegenstände in den Verhandlungen erörtert worden seien und daß es dieselben unterlassen hätten, die im § 1 des Statuts festgesetzte Tendenz zur Geltung zu bringen. Die Staatsanwaltschaft legte hiergegen Berufung ein und die neun Angeklagten kamen vor die Strafkammer. Hier stellte sich zunächst heraus, daß nur vier derselben zu der Zeit dem Vorstande angehört, in welcher das inframirirte Vergehen begangen worden sein soll. Von den beiden Gendarmen, welche als Belastungszeugen geladen waren, kannte der eine den Verein überhaupt nicht, der andere behauptete, daß politische Gegenstände zwar niemals auf der Tagesordnung gestanden hätten, wohl aber, wie z. B. der Schul-Gesellschafts- und das Invalidentagesfest, zur Besprechung gelangt seien, doch sei dies nur vorübergehend unter momentaner Abweichung von dem Hauptgegenstande der Diskussion geschehen. Nach diesem negativen Ergebnisse der Beweisaufnahme zog der Staatsanwalt kurz und bündig die Berufung zurück, wodurch das erste freisprechende Urtheil Rechtskraft erlangte.

Besondere Schwierigkeiten machte die Ueberführung der Gebarmme Klemente, welche gestern wegen Sachbeschädigung vor der 101. Abtheilung des Schöffengerichts stand. Die Angeklagte hatte eine Wohnung in der Kirchbachstraße inne, die ihr vom Wirth gekündigt wurde. Nach ihrem Auszuge entdeckte der Hauseigentümer, daß die Tapeten in sämtlichen Zimmern, die die Angeklagte inne gehabt, in böswilliger Weise mit Fett beschmieret worden waren. Die Beschuldigte bestritt im ersten Termine die böswillige Absicht und gab folgende Erklärung ab: Sie sei längere Zeit in Florida gewesen. Dort sei es Sitte, sich in der Weise gegen Ungeleser zu schützen, daß man die Hinterwände der Möbel und Bilder stellenweise mit einer Mischung von Fett, Schweinsurtergrün und Quecksilber bestreicht. Dies habe sie auch in ihrer Wohnung in der Kirchbachstraße gethan. Um die Wahrheit dieser Behauptung zu ergründen, mußte der Termin vertagt und der Gerichtschreiber Dr. Bischoff in Anspruch genommen werden. Dieser untersuchte die Fettflecken in den Tapeten und fand weder eine Spur von Arsenik, welches die giftigen Eigenschaften im Schweinsurtergrün bedingt, noch von Quecksilber. Im zweiten Termine, der am Dienstag stattfand, sah die Angeklagte ein, daß sie auf Grund des Dr. Bischoff'schen Gutachtens verurtheilt werden müßte, sie wiederholte ihre frühere Angabe dahin, daß sie die Möbel mit Fett und Insektenpulver bestreicht habe, um Wanzen fernzuhalten. Ran schlug der Staatsanwaltschaft Prätorius vor, den Dr. Bischoff auf der Stelle nach der jetzigen Wohnung der Angeklagten zu entsenden, weil, wenn ihre neue Angabe auf Wahrheit beruhe, die Fettflecke mit dem Insektenpulver noch an den Möbeln zu entdecken sein müßten, die Angeklagte verließ mit siegesgewisser Miene den Gerichtssaal, um Dr. Bischoff zu begleiten. Der Letztere fand thatsächlich an einigen Stellen der Möbel Fettflecke und darüber eine dünne Schicht Insektenpulver. Aber die Fettflecke waren augenscheinlich erst vor wenigen Stunden hergestellt worden und das Insektenpulver war noch frisch, daß es sich durch Geruch verrieth. Im gestrigen dritten Termine begutachtete Dr. Bischoff, daß die Möbel erst vor ganz kurzer Zeit so hergerichtet worden seien. Nun ließ die Angeklagte ihren Einwand fallen, gab zu, daß die Tapeten absichtlich verdorben worden seien, daß aber nicht sie, sondern ihre Schwester die Thäterin gewesen sei. Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß diesem neuen Einwande der Angeklagten ein Gewicht nicht beizulegen sei. Unter allen Umständen sei sie die Kustisterin. Die raffinierte Art, in der sie den Gerichtshof zu täuschen versucht und den Versuch, die Schuld zuletzt auf ihre Schwester zu wälzen, deute auf eine so niedrige Gesinnung, daß auf eine empfindliche Strafe erkannt werden müßte. Dieselbe sei auf vier Wochen Gefängniß bemessen worden.

Wegen Fälschung eines Ursprungsattestes hatte gestern der Viehhändler Moritz Joseph aus Konitz vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I zu erscheinen. Im August 1891 sandte der Angeklagte 50 Stück Rindvieh an eine hiesige Viehkommunikations-Firma. Alles von Auswärts kommende Vieh muß mit einem sogenannten Ursprungsattest versehen sein, wodurch die Seuchenfreiheit des Herkunftslandes gewährleistet werden soll. Wie der Angeklagte zugab, hatte er selbst ein derartiges Attest, welches über 4 Kühe lautete, dazwischen veränderte, daß er noch nach vollzogener Unterschrift des Amtsvorstehers drei Bullen hinzufügte. Durch die Verschleissheit der bemittelten Lanten kam die Fälschung an den Tag. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von vier Wochen, der Gerichtshof erwiderte aber, daß der Angeklagte nur aus Bequemlichkeit gegen das Gesetz verstoßen hatte und daß die Bullen gesund waren. Es wurde daher eine Geldstrafe von 500 M. für eine ausreichende Sühne angelesen.

## Soziale Ueberlicht.

Drechsler und Berufsgenossen Berlins. Kollegen! In der Holz-Galanteriewaaren-Fabrik des Herrn Schö, Reichensbergerstr. 34, legten 12 Drechsler, darunter 10 verheiratete wegen eines 30-35prozentigen Lohnabzuges die Arbeit nieder. In der am 7. d. Mis. stattgefundenen öffentlichen Drechsler-Versammlung wurde den Anhängenden moralische wie materielle Hilfe zugesichert und der Delegirte zur Streik-Kontrollkommission beauftragt, dieses dem geschäftsführenden Ausschuss zu unterbreiten. Die Meldung ging am 8. d. M. dem Genossen Faber zu, aber bis heute sind die Listen noch nicht mit dem Stempel obiger Kommission versehen. Kollegen, ich richte nun an Euch den Appell, auf die von uns mit dem Gewerkschaftsstempel ausgegebenen Listen zu zeichnen, bis die nächste Versammlung der Streik-Kontrollkommission weitere Beschlüsse gefaßt hat. Die Entnahme sowie Ablieferung der Listen findet jeden Abend von 8-9 1/2 Uhr in unserem Arbeitsnachweis, Dresdenstr. 116, bei Gründel und

bei dem Kollegen Bod, Markstr. 20, v. 3 Tr. statt. Eure Pflicht ist es, die gefaßten Beschlüsse zur Ausführung zu bringen; die Anhängenden in ihrem gerechten Kampfe zu unterstützen und den Zug zu halten. Die Agitationskommission der Drechsler Berlins. J. H.: Carl Post, Wienerstraße 29, vorn 2 Treppen.

Achtung Schneider und Schneiderinnen. Behufs weilerer Stellungnahme zu unserer Lohnbewegung findet am Montag, den 20. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, Johannistr. 20, bei Müller, eine öffentliche Versammlung statt. Kollege August Lätarow referirt über das Thema: Unser Lohnkampf, und haben wir ernsthaftige Gegner? Die Arbeiter des Offiziervereins, der Waarenhäuser für deutsche Beamte, sowie die der Geschäfte in der Friedrichstadt und der großen Konfektionsgeschäfte mit Maßbestellung sind besonders eingeladen. Die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins.

Die Redaktion der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ (Gelsenkirchen, Friedrichstraße) ersucht alle diejenigen Bergleute, welche während des Streiks als Einberufer von Versammlungen fungirten, sämtliche seitens der Behörde erlassene Verfügungen, welche Versammlungsverbote enthalten, schleunigst einzusenden. Diejenigen Einberufer, welche nicht im Besitze von schriftlichen Verfügungen sind, werden dringend gebeten, per Brief den Ort, wo die Versammlung geplant war, und ferner den Grund anzugeben, warum diese verboten wurde. Ferner ist über sämtliche bisher erfolgte Verhaftungen, mit Angabe des Grundes und der näheren Umstände, unter denen sie erfolgten, Nachricht zu geben. Die Komitees in den einzelnen Orten, sowie die Vertrauenspersonen werden von dem genannten Blatte dringend ersucht, zur Beschaffung des gewünschten Materials nach Kräften beizutragen zu sein, da es unbedingt nötig ist, die Richtigkeit der Gründe, die für die Verbote und Verhaftungen angeführt werden, an der Hand von Thatsachen festzustellen. Das gesammelte Material soll der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion zur geeigneten Verwertung überwiesen werden.

Die Typsetzer werden von der Zeitschrift „Der Typsetzer“ ersucht, Zug zu legen zu halten wegen Lohnfreilichkeiten nach Teplitz (Böhmen), sowie nach Spandau, Harburg (Seifert), Zwickau (Scholz) und nach Stettin für Werkschuldenarbeiter.

In Colmar i. Elz. wurde, wie die Mülhäuser „Volksztg.“ berichtet, ein Arbeiter aus Mülhausen zu 40 M. Geld- oder 1 Woche Gefängnisstrafe verurtheilt, weil er in Schlettstadt Fragebogen über die Lohnverhältnisse im Textilgewerbe öffentlich vertheilt und dadurch gegen das französische Gesetz vom 27. Juni 1849 verstoßen hat. Die Dresdener Polizei ist also mit ihrem Verbot der Arbeitslosen-Statistik überholt, was sie vermuthlich nicht wenig trüben wird; dafür ist Herr v. Bötticher „schön heraus“, denn wer will nun beweisen, daß es den Textilarbeitern Schlettstadt's nicht ebenso ausgezeichnet wohl geht wie angeblich den Textilarbeitern Sachsens?

Treffend wird die Situation unter den Bergleuten in folgendem Gedichte geschildert, das die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ veröffentlichte:

### Erneuter Appell.

Unein'ge Knappen, die ihr nie parat,  
Wie fertig werdet um euch zu verbänden,  
Zum Mutter nehmt das Kohlenyndikat  
Und was den Herren sonst beliebt zu gründen.  
Sie wissen's, was sie wollen — ganz gemach  
Zieht sie die Neze um euch dicht und dichter —  
Indeh' ihr winfelt euer Weh und Ach  
Und Kohlen grabt für eure Gläub'vernichter.  
Zum Teufel, werdet ihr denn nimmer klug,  
Wollt ewig ihr die Marrenklappe tragen —  
Und soll die Hand, die euch so lange schlug,  
Auch für die Zukunft immerfort euch schlagen? —  
Selbst ist der Mann! — die alte Vitanei,  
Die alte Trägheit führt nur in's Verderben;  
Durch bloßes Jammern werdet ihr nicht frei,  
Wollt ihr nicht selbst um eure Freiheit werden.  
Ihr greint und gröhlt — dies ist verkehrte Art —  
Und hilft nur fester euch den Weg ver sperren;  
Verhezt den alten Spruch, und werdet hart,  
Und laßt euch nicht von jedem Lumpen zerran.  
Dem Tode troht ihr süßlich in dem Schacht,  
Dem Wetterschlage, wenn die Flammen jaden,  
Doch eure Ordnung wird verhöhnt, verlacht,  
Weil ihr den Muth nicht habt sie durchzubrechen.  
Die Hand auf's Herz — im Rögeln seid ihr groß —  
Was auch geschieht, ihr habt daran zu kritisiren,  
Sonst leget ihr die Hände in den Schoos  
Und laßt den lieben Gott für euch vermitteln.  
Unein'ge, blickt auf's Kohlenyndikat,  
Seht, wie man eng und enger euch umgittert —  
Und seid ihr noch nicht fertig und parat,  
Dann bleibt die alten Memmen — jagt und zittert. —

Möchten die Bergleute bald einsehen, daß, wenn sie Mann für Mann der Organisation angehören, es erstens nur noch selten eines Streikes bedürfen wird, um ihre Forderungen durchzusetzen, und zweitens, wenn ein Streik nicht zu vermeiden ist, er dann für den einzelnen sowohl wie für die Masse nicht so gefahrvoll sich gestaltet als jetzt. Die ausgezeichnete Organisation der englischen Bergleute z. B. hat es zumege gebracht, daß auch nach verlorenem Streik die Bergleute im allgemeinen ebenso wenig von den Unternehmern schikanirt werden, als diese das vorher wagen konnten. Man kämpft dort in ruhigeren Formen miteinander als bei uns. Siegt der englische Arbeiter, so hält der Unternehmer sein wenn auch durch den Streik erzwungenes Wort. Siegt der Unternehmer, so läßt sich der Arbeiter dem auch unter solchen Umständen immer noch beiderseitig festgesetzten, niedrigeren Lohn. In jedem Falle aber verkehren beide Theile miteinander, als werthschaffliche Gleichberechtigte, als Geschäfteleute, in nicht weniger als geschäftlicher Weise, und daß der englische Arbeiter diesen Vortheil vor dem deutschen voraus hat, das dankt er der Organisation. So lange die Bergleute noch in katholische oder protestantische, kurz von der Geillichkeit abhängige Vereine laufen, so lange werden sie auf keinen grünen Zweig kommen. Der Bergmann gehört zum Bergmann. Dort ist in wirtschaftlichen und politischen Fragen sein Platz, nicht bei den Pfaffen.

Von der Moral des Hieus. Der Schlosser Wilhelm Kade aus Groß-Blogau war 14 1/2 Jahre lang bei der staatlichen Oberschlesischen Eisenbahn als Schlosser beschäftigt und seine Leistungen waren laut Fährungszeugniß befriedigend. Im Jahre 1891 hat er eine von Handarbeitern und Arbeitern der Betriebswerkstätte Reife unterzeichnete Kollektiv-Eingabe der Breslauer Eisenbahndirektion vorgelegen gewagt. Kollektiv-Eingaben dürfen nicht vorkommen, und so wurde Kade zu 3 M. Ordnungstrafe verdonnert und ihm für den Fall der Wiederholung eines solchen Vergehens die sofortige Kündigung angedroht. Zum 21. Oktober 1892 aber hat er gar — nach Anzeige des Betriebswerkmeisters, nach seinem eigenen Geständnisse, sowie nach dem polizeilichen (!) Bericht — eine öffentliche Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Personen in das Lokal zum „Bergmännchen“ in Reife einberufen, hat die gedruckten Einladungen zu dieser Versammlung in den Räumen der Betriebswerkstätte während der Arbeitszeit vertheilt, die Versammlung als Einberufer eröffnet und als Vorhaben-

der des von denselben gewählten Bureaus sogar geleitet, und am Schluß — es ist haarsträubend — ein Hoch auf den Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Junge, ausgebracht, der mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung antwortete. Natürlich ist klar, daß es sich um eine sozialdemokratische Agitation gehandelt hat, obwohl die Kapitalisten gelegentlich auch einmal international handeln; aber das ist etwas anderes. Jede ist somit bei einer sozialdemokratischen Angelegenheit in hervorragender Weise agitatorisch tätig gewesen und wurde deshalb gelobt. Ist das vom Fiskus rechtmäßig gehandelt? Natürlich. Wer die Macht hat, hat immer auch das Recht. Und moralisch? Natürlich. Die Moral macht, wer die Macht hat. Wenn diese fiskalische Moral, die mit der Moral der Privatunternehmer identisch ist, nicht gefällt, der muß wohl oder übel Sozialdemokrat werden, und so lange das die Nichtbesitzenden und deshalb Unmündigen noch zu einem so großen Teile wie heute nicht begriffen haben, wird's in der Welt nicht anders werden.

**Die „Wahrheit“ über die Arbeitsverhältnisse im Bäckereigewerbe** hat entschieden ein Bäckermeister in Frankfurt a. M. entdeckt, der unserem dortigen Partei-Organ (warum nicht gleich der Reichskommission für Arbeiterstatistik?) folgendes schreibt: „Ich sehe aus dem Artikel, der heute in der „Volkstimme“ stand, über die Arbeitszeit der Bäcker, daß der Schreiber dieses Artikels nicht die geringste Ahnung von der Arbeit in den Bäckereien hat und lieber still schweigen oder sich erst richtig über die Sache informieren sollte. Die Bäckereiarbeiten sind anderen Arbeiten gegenüber nur eine Summe. Die Beweise haben wir schon hundert Mal gehabt, nämlich daß Bäcker schon sehr oft zu anderen Geschäften oder anderen Arbeiten übergegangen, aber schleunigst wieder zu ihrer Bäckerei zurückgekehrt sind und gesucht und geschimpft haben; wenn die Betreffenden nur an die anderen Arbeiten zurückgedacht haben, dann sagten sie: da ist die Bäckerei noch goldig dagegen. Wenn ein Bäcker 16 Stunden Arbeitszeit hat, so arbeitet er in Wirklichkeit nur 6 Stunden, die übrige Zeit liegt er auf dem Backofen und schläft oder sitzt im Bierhaus und spielt Karten. Das Ergebnis, welches ich hier aufstelle, ist gewiß kein beschämendes, und ist auch keine Mordarbeit, wie es in dem Artikel der „Volkstimme“ hingestellt ist. Wenn der Herr Redakteur hundert und aber hundert Bäcker fragt, so werden sie ihm dasselbe sagen, wie ich es hier geschrieben habe. O. Verles, Bäckermeister.“ Der Mann hat offenbar recht — nur ist ihm eine kleine Verwechslung untergelaufen, die übrigens von seinem Standpunkt aus verzeihlich ist. Er meint zweifellos die Arbeit der Bäckermeister, wie auch das Wort von der „goldigen“ Beschäftigung andeutet; und die Arbeit der Meister muß er ja genau kennen!

**Arbeiterschutz auf dem Lande.** Der Kleinbäcker Bugl aus Schwarzach bei Bogen (Niederbayern) war, wie die „Münch. Post“ berichtet, auf dem Felde des Posthalters, in dessen Diensten er stand, mit Weizenschneiden beschäftigt, als ein Hagelwetter heraufzog. Um sich vor dem Hagel zu schützen, krochen er und noch ein Arbeiter unter den Kleehaufen eines anderen Feldes. Dort traf sie der Blitz. Bugl war sofort tot, sein Kamerad erholte sich wieder. Die Witwe Bugl's wandte sich nun an die Berufsgenossenschaft, um eine Rente zu bekommen. Nach neun Wochen wurde ihr mitgeteilt, daß das Gesuch abgelehnt worden sei, weil ihr Mann nicht bei der Arbeit und nicht auf dem Grundstück des Posthalters, der ihn beschäftigte, verunglückt sei. Auf die dagegen erhobene Beschwerde ist bis heute noch nichts erfolgt. — Wenn die Regierung, denn auf diese kam es vor allem an, bei der Herstellung des Gesetzes über die Unfallversicherung mit den Tropfen „demokratisches Delb“ nicht gar so sparsam umgegangen wäre, sondern die Berufsgenossenschaften so organisiert hätte, daß die versicherten Arbeiter den versichernden Unternehmern in der Verwaltung jezt gleichberechtigt wären, so würden die Entschiede der Berufsgenossenschaften vorläufiger ausfallen, und diese Institute würden so populär werden, daß man ihnen auch andere, eigentlich sozialreformatorische Aufgaben übertragen könnte, ohne bei den Arbeitern Widerspruch zu finden.

**Den Meistern und Gehilfen des Schuhmacherhandwerks** droht eine Entfindung. Droht! muß man sagen. Denn wenn heute, in der kapitalistischen Ära, auf technischem Gebiete eine Entfindung gemacht wird, so bedeutet das in der Regel für tausende von Menschen Arbeitslosigkeit oder wenigstens Schwächung ihrer Existenz. In Pirmasens soll es nun gelungen sein, Sohle und Absatz des Stiefels oder Schuhs aus einem einzigen Stück Leder herzustellen. Sohle und Absatz werden dabei gleichzeitig gefertigt, wobei das Leder, welches den Absatz bilden soll, zuvor in eine Form niedergepreßt wird, so daß der Absatz nach außen vollständig fertig ist, wogegen der innere hohle Raum mit irgend einer Masse ausgefüllt ist. Die unheimliche Arbeit, Absätze durch aufeinander gelegte Platte herzustellen, ist damit beseitigt, die Waare, wenn auch nicht so dauerhaft, wird desto billiger.

## Versammlungen.

Die Schneider und Schneiderinnen hatten am 16. Februar eine gut besuchte Verbandversammlung in Gratweil's Bierhallen. Der Kollege Timm legte eingehend klar, wie sich der Verband zu einem etwaigen Abwehrschritt gegenüber den maßlosen Lohnreduzierungen und Chikanen im Schneidergewerbe stellen werde. Bezugnehmend auf den Beschluß der letzten öffentlichen Schneider- und Schneiderinnenversammlung erklärte der Redner, es sei noch wünschenswert, daß der Verband hierzu Stellung nehme, zumal die Statuten der Organisation es derselben zur Pflicht machen, bessere Verhältnisse anzubahnen. Durchaus notwendig sei es daher, vorzudrängen, nicht aber zurückzugeben. Die Verhältnisse im Schneidergewerbe seien durch die hier bei weitem vorherrschende schädliche Hausindustrie ganz andere, wie in allen anderen Gewerben. Und gerade die Hausindustrie sei es, die es den Unternehmern ermögliche, in Zeiten geschäftlichen Niedergangs die Arbeitslöhne beispiellos herabzudrücken. Die Arbeiter hätten dann in Zeiten geschäftlichen Aufschwungs nur heiß zu kämpfen, um das Verlorene wiederzuerobert. Gegenwärtig hätten Arbeitslöhne, Behandlung und Zustände in den Werkstätten einen solchen Grad erreicht, daß etwas gethan werden müsse. Zu verlieren habe man nun nichts mehr, höchstens könnte bei dem Einzelnen ein Wechsel der Arbeitsstelle eintreten. Prinzipielle Forderungen könne man augenblicklich nicht stellen, es gelte vorläufig die Aufbesserung der seit 3 Jahren herabgedrückten Arbeitslöhne und die Aushebung von Lohnstarifen vorzunehmen. Letzteres sei wesentlich, wie wisse ein Arbeiter, was ein anderer desselben Geschäfts für dieselbe Arbeit bezahle; bekomme, somit liege es ganz in den Händen des Unternehmers, jedem Arbeiter den Lohn zu geben, welchen er ihm vom Gesicht ablesen könne, und welchen die verächtliche Besorgnis einiger Arbeiter noch tiefer herabzudrücken ermögliche. Diese Arbeiter würden bei jeder passenden Gelegenheit Lohnrücker. Um diesem Mißverhältnis entgegen zu wirken, sei die Aushebung des Lohnstarifs notwendig. In Anbetracht alles Voraufgegangenen könne die Organisation diesen Schritt wagen, doch nach Lage der Verhältnisse im allgemeinen könne sich derselbe gegenwärtig zuerst nur auf die Magdbranche erstrecken. Ob es aber soweit kommen werde, hänge von der Barmherzigkeit der Unternehmer ab. Dieser, mit größter Aufmerksamkeit verfolgten, beifällig aufgenommenen Darlegung schloß sich Kollege Pfeiffer in seinen Ausführungen an, derselben noch spezielle Einzelheiten hinzuzufügen. Einstimmige Annahme fand hiernach folgende Resolution:

„Die Versammlung erklärt die in der öffentlichen Schneider- und Schneiderinnen-Versammlung am 30. Januar angenommene Resolution zu der übrigen. Sie hat ferner nach einer Klarlegung des Referenten, Kollegen Timm, die Ueberzeugung gewonnen, daß gegenüber den maßlosen Lohnrückdrücken in letzter Zeit die Zustände hiesigen Orts es erfordern, dem gegenüber entschieden Front zu machen. Die Versammlung erwartet daher von ihren Mitgliedern ein solidarisches Vorgehen im Kampfe gegen die Ausbeutung und Unterdrückung des Kapitals, und hofft, daß jeder voll und ganz für die Erweiterung der Organisation eintrete.“

Zum Punkt 3: Urabstimmung über Verlegung des Sitzes für Vorstand und Ausschuß waren die Kollegen Ad. Schulz, L. Pfeiffer und H. Mühlis der Meinung, daß, da die Vorschlagsliste eine so zersplitterte sei, eine Zersplitterung der Stimmen aber durchaus vermieden werden müsse, man von Berlin Abstand nehmen und die Beschlüsse des Verbandstages hochhalten sollte. Das Ergebnis der Urabstimmung war: Sie des Vorstandes Plenzburg gegen eine Stimme, die auf Hannover lautete, Sie des Ausschusses Lübeck gegen eine Stimme, welche auf Halle a. d. S. fiel. Zum Schluß erfolgte Aufforderung zur Beteiligung an den Gewerbegerichtswahlen am 20. Februar, zur Abrechnung aller auswärtigen Biletts, sowie zum regen Besuch der am 20. d. M. stattfindenden öffentlichen Versammlung in der Johannisstr. 20. Auch wurde die Werkstättendelegierten-Sitzung, die am Mittwoch, den 23. d. M., bei Freygang in der Schützenstraße 18 stattfindet, bekannt gegeben.

In einer Drehschleifer-Versammlung berichtete am 15. Februar Genosse Köppen über den Erfolg der Sperre, welche in der vorigen Woche über die Firma Schöj verhängt wurde. Herr Schöj habe der Kommission der Streikenden zweimal erklärt, keinen der in den Ausstand getretenen Kollegen wieder anstellen zu wollen. Wer seinen Tarif nicht anerkennen wolle, brauche auch nicht bei ihm zu arbeiten. Man werde nun weiter nichts thun können, als möglichst den Zugang fernzuhalten. Trotdem arbeiteten bereits wieder fünf Drehschleifer bei Schöj, denen er das zahle, was die Ausständigen verlangten hätten. Einer dieser Streikbrecher erhalte sogar einen entsprechenden Lohn statt des Akkordlohes. Schöj habe auch Arbeit an einen „Selbständigen“ nach Nordorf gegeben, welcher sie wieder abgab, weil es ihm der gezahlte Preis absolut unmöglich gemacht habe, zurechtzukommen. An der Debatte beteiligten sich die Herren Dopf, Stadelmann, Kottenhagen, Holzmann, Kautius, Kofehn, Reibetanz und Wilhelm. Es wurde ausgesprochen, daß der Streik trotz seines Misserfolges so ganz ohne Erfolg doch nicht gewesen sei, wie erstens der Umstand beweise, daß die jehigen Schöj'schen Arbeiter, seien sie auch Streikbrecher, das Beforderte an Lohn erhielten. Zweitens hätten sich die Ausständigen der Organisation angeschlossen. Sie wurden ermahnt, nun auch treu zu derselben zu halten. Köppen versprach dies im Namen der Streikenden. Wie noch aus der Debatte hervorging, sollen dieselben so lange möglichst unterstützt werden, bis sie anderweitig untergebracht sind. Einige von ihnen haben schon Beschäftigung. Dopf theilte mit, daß nächstens eine Versammlung einberufen werde, in welcher die Mißstände erörtert werden sollen, welche in den Berliner Drehschleifereien im Allgemeinen bestehen.

In der Fachvereins-Versammlung der Tapezierer vom 13. Februar erhaltete Kollege Feder Bericht über die Versammlung des Zentralvereins für Arbeitsnachweis. Er theilte gleich zu Anfang mit, daß er kein Zutreten zu der ganzen Sache gehabt habe. Aus dem einleitenden Vortrage des Magistrats-Affessors Freund war zu ersehen, daß eine Arbeitslosen-Statistik der gesamten Berliner Gewerkschaften aufgestellt werden solle und daß ferner Anzeigen und Gewerkschaften dazu beitragen müßten, um in Berlin ein Gebäude anzulassen, in welchem die Arbeit vermittelt werde. Kollege Feder erklärte hierauf die ganze Sache für eine Illusion, die Arbeitgeber würden doch nur die „Deren“ im Hause sein und die Arbeiter dadurch um 60 Jahre zurückkommen. In ähnlicher Weise sprachen die Kollegen Hartig, Zahler und Marxil. Hierauf wurde beschlossen, zu der demnächst stattfindenden Konferenz keinen Vertreter zu senden. Die Arbeitsnachweis-Frage wurde dahin beantwortet, daß der Fachverein gewillt sei, sein Bureau zu gunsten eines einheitlichen, öffentlichen Arbeitsnachweises aufzugeben. Hierauf wurde ein Antrag des Kollegen Feder einstimmig angenommen, welcher besagt, daß zum Montag, den 27. Februar, eine außerordentliche Generalversammlung einberufen ist, welche zu beschließen habe, daß aus dem Fonds der Werkstätten-Kontrollkommission Geld nach Bedarf zur Agitation entnommen werden könne. Hierauf machte die Lohnkommission bekannt, daß sie an die Kollegen von 100 Werkstätten geschrieben habe, damit dieselben aus ihrer Mitte einen Vertreter zu der am 16. Februar bei Freygang, Schützenstr. 18/19, stattfindenden Besprechung entsenden, um die etwaigen Mißstände in ihren Werkstätten aufzudecken. Ferner wurde bekannt gemacht, daß am Sonntag, den 19. Februar, eine öffentliche Tapezierer-Versammlung stattfindet. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, welche in den Listen der Gewerbegerichts-Wahl eingetragen sind, ihr Wahlrecht am Montag, den 20. Februar, auszuüben.

Die Wünsche der Musikinstrumenten-Arbeiter der hiesigen Zählstelle des deutschen Tischlerverbandes hielt am 18. ds. Mts. eine Versammlung ab, in welcher Herr Berger den Anwesenden eine Reihe Bilder aus der Stadtverwaltung vorführte. Der Redner geißelte in zutreffender Weise das arbeitserfindliche Verhalten der Berliner Pressenmajorität. Hierauf fand die Wahl der Kollegen Springer und Ort in das Vergnügungskomitee statt. Ferner wurde mitgeteilt, daß der Maskenball am 4. März in dem oberen Konfordiaal abgehalten wird. Auch wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Kollegen die „Tischlerzeitung“ unter Vorsehung des Verbandsbuches des Sonnabends aus den bekannt gegebenen Zählstellen abholen müssen. Der Arbeitsnachweis ist fortan Wallstr. 7-8. Nachdem noch das Verhalten des Kollegen Ernst Bäderig in der Arbeitsnachweis-Kommission gerügt worden war, fand Schluß der Versammlung statt.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins hielt am Sonntag eine Mitgliederversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Behrend über die wirtschaftlichen Krisen und die Sozialdemokratie. Für seine interessanten Darlegungen erntete der Redner reichen Beifall. In der Diskussion, die dem Vortrag folgte, erhielten vor allem die Ausführungen des Genossen Wlaurock die Zustimmung der Versammlung. In „Lebensangelegenheiten“ beantwortete Kollege Behrend eine eingehende Frage, betreffend die Orts-Krankenkasse. Außerdem machte der Vorsitzende bekannt, daß am nächsten Sonntag eine öffentliche Maurerverversammlung stattfindet, welche sich mit dem Beschluß der Stadtverordneten in der Wobubensstraße beschäftigen werde, und forderte zu zahlreichem Besuch derselben auf. Alsdann erfolgte Schluß der Versammlung.

Der Allgemeine Hilfsarbeiter und Arbeiterinnenverein von Berlin und Umgebung hielt am 11. d. M. seine erste Mitgliederversammlung ab. In einem Vortrage: „Lasset die Kindlein zu mir kommen“ sprach Fräulein Wader über die verderblichen Wirkungen, welche die Ausbeutung der Arbeitskraft der Kinder im Gefolge hat. Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine Diskussion, an der sich die Mitglieder Reumann, Schulz, Solitsch und Frau Gubela beteiligten. Unter Vereinsangelegenheiten gab der Kassierer Arndt sodann bekannt, daß für Wobubensstraße 18, Wuststr. 85, die Beiträge sowie Aufnahmeanmeldungen entgegennehmen. Das Vereinslokal befindet sich bei Spielermann,

Wallstr. 6, daselbst werden jeder Zeit Beiträge, Aufnahmeanmeldungen und sonstige Mittheilungen, welche dem Verein angehen, entgegengenommen. Die nächste Mitgliederversammlung wird am 21. Februar Oranienstr. 180, 80., abgehalten. Das Eintrittsgeld beträgt 20 Pf., der monatliche Beitrag für Herren 20 Pf., für Damen 10 Pf. Personen, welche bis zum Uebertritt anderen Organisationen angehört haben und dort ihren Verpflichtungen nachgekommen sind, bleiben vom Eintrittsgeld befreit.

Eine öffentliche Versammlung für Bäcker und Konditoren war für gestern, den 16. d. M., einberufen. Dieselbe war bestimmt, Stellung zu nehmen zu den Beschlüssen der Kommission für Arbeiterstatistik. Reichstags-Abgeordneter Mollenhuth hatte das Referat übernommen. In Hinsicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung wurde indessen der Besuch der Versammlung für nicht ausreichend erachtet, so daß im Einverständnis mit dem Referenten beschlossen wurde, die Versammlung bis zum 28. d. Mts. zu vertagen und für diese eine regere Agitation zu entfalten.

Der Verband der deutschen Glasergesellen (Zählstelle Berlin) hatte am 6. d. M. seine Monatsversammlung. In derselben wurden die Mitglieder, welche entliehene Bücher aus der Bibliothek trotz der ihnen zugegangenen Aufforderung noch nicht abgeliefert haben, verpflichtet, deren Werth zu ersetzen, falls sie eine Anzeige vermeiden wollen. Gleichfalls wurde beschlossen, daß fortan nur gegen Vorsehung des Verbandsbuches Bücher aus der Bibliothek abgegeben werden. Die Versammlung wählte hierauf den Kollegen Kochow zum 1. Vorsitzenden und den Kollegen Jakob zum Schriftführer. Die verlesene Abrechnung vom Weihnachtstfest ergab eine Einnahme von 94,40 M. und eine Ausgabe von 90,18 M., sodas ein Ueberschuß von 4,22 M. vorhanden ist. Dieser Betrag wurde der Zählstelle überwiesen. Ferner wurde in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit beschlossen, das Stiftungsfest einfach durch eine Versammlung, zu der auch die Frauen der Mitglieder eingeladen sind, zu feiern. Ein Antrag, die Werkstatt von Heimerdoss u. Ko. zum Umschauen freizugeben, wurde abgelehnt.

In einer Versammlung des Vereins der Stockarbeiter, die am 14. d. M. tagte, diskutierten die Anwesenden über den bekannten Herkules Roman „Freiland“. Ferner wurden die Kollegen auf die Schmirnood-Fabrik von Kainowitsch, Wuststr. 132-133 aufmerksam gemacht. Dieser Herr hat, wie berichtet wurde, den bei ihm beschäftigten Heilern zugewendet, Arbeiten zu deren Verrichtung bisher ein Gehilfe im Wochenlohn beschäftigt war, fortan umsonst fertigzustellen. Sodann wurde bekannt gegeben, daß der Kassierer Sonntags Vormittags von 10-12 Uhr in seiner Wohnung, Neue Friedenstr. 45, Hof 3 Tr. bei Kiel, Beitrittserklärungen und Beiträge entgegennimmt.

Die Gasanstaltsarbeiter hielten am Montag eine Versammlung in Norden und am Mittwoch eine solche in Säben ab. In beiden Versammlungen referierte Genosse Schwärze über die politischen Kämpfe in letzter Zeit. In der Diskussion die dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte, wurde über die niedrigen Löhne und andere Uebelstände, die sowohl in der englischen als in der städtischen Gasanstalt herrschen, lebhaft Klage geführt. Zum Schluß der Versammlung erging eine Aufforderung an die Gasanstaltsarbeiter, sich lebhaft an den Gewerbegerichts-Wahlen zu beteiligen.

Die freie Vereinigung der Weizenbäcker und Speicherarbeiter hatte am 12. Februar eine Versammlung, in welcher Genosse F. Sauer über das Thema: „Versprechen und Hallen der Bourgeoisie den Arbeitern gegenüber“ einen beifällig aufgenommenen Vortrag hielt. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Otto, Münch und Thiem. Nach Erledigung verschiedener Vereinsangelegenheiten forderte Münch zur regen Beteiligung an den Gewerbegerichts-Wahlen auf, worauf die Versammlung mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen wurde.

In Charlottenburg tagte am 11. Februar eine Versammlung des Verbandes der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter Deutschlands. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete die Erörterung über den deutschen Holzarbeiter-Kongress. Die Ansichten der Kollegen gingen im allgemeinen dahin, daß die Zeit für die Bildung eines Industrieverbandes noch nicht gekommen ist und man daher vorläufig ein Kartell der verschiedenen Organisationen anbahnen müsse. Die Abtimmung über die Wahl eines Delegierten zu der am 8. und 4. April stattfindenden Generalversammlung wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt.

## Briefkasten der Redaktion.

Alter Parteigenosse. Sie haben recht: der größte Schuft im ganzen Land, ist und bleibt der Denunziant. Wir bedauern sehr, daß die Reporternotiz — die ja in den übrigen Blättern veröffentlicht wurde — durch Versehen in den „Vorwärts“ gelangen konnte. —

H. Chr. Tondern. Für den „Vorwärts“ nicht geeignet.

Emil Stabre. Die Redaktion befaßt sich mit der Verteilung von Sammellisten überhaupt nicht, sondern sie übergibt die ihr zugehenden Listen den Vorständen der betreffenden Gewerkschaften oder der Streik-Kontrollkommission. Sie müssen sich daher an letztere wenden. Lassen Sie die Angelegenheit nächstens in der nächsten Versammlung dieser Korporation zur Sprache bringen.

M. Sch. Für in den Jahren 1885/87 an einen Soldaten ohne nähere Verabredung gesendete Geware können Sie Ersatz im Wege der Klage nicht verlangen, weil angenommen werden dürfte, daß Sie die Waaren aus Rücksicht auf den etwaigen Ueberschuß eines Mangels an wohnsichenden Waaren in der Ferienkolonie dem Vaterlandsvertheidiger haben schenken wollen und weil überdies der Einwand der Verjährung entgegensteht würde.

H. 2. Unfallrente bezieht sie ohne Rücksicht auf die spätere Verehelichung weiter.

Robert D. Die Fabrik hat Recht.

H. 3. Die Frage ist beantwortet: sie bezieht die Rente weiter.

Sch., Steuermehrfache. Bei Ihrer Frage, ob die Herrschaft für die Kurkosten des Gesindes aufzukommen und ob sie während der Dienstbahn den Lohn zu zahlen hat, sind zwei Fälle zu unterscheiden. Hat sich das Gesinde eine Krankheit durch den Dienst oder bei Gelegenheit desselben zugezogen, so ist die Herrschaft verpflichtet, für den Dienstboten aus eigenen Mitteln zu sorgen und darf vom Lohn nichts abziehen. Bei Gelegenheit des Dienstes wird dahin ausgelagt, daß die Krankheit während Ausübung einer Dienstarbeit eingetreten ist; ferner wird angenommen, daß das Gesinde diesen Anspruch nicht hat, wenn die Herrschaft beweist, daß es gegen eine ihm erteilte Anweisung gehandelt hat oder wenn dem Dienstmäddchen ein vertretbares Versehen zur Last fällt. Treten diese Voraussetzungen ein, dann hat die Herrschaft nur dieselbe Pflicht, die sie hat, wenn das Dienstmäddchen sich die Krankheit nicht durch den Dienst oder bei Gelegenheit desselben zugezogen hat. In diesem Fall ist die Herrschaft nur zur einstweiligen Vorsorge für den kranken Dienstboten verbunden und berechtigt, die Kurkosten vom Lohn abzuziehen. Die Aufnahme in ein Krankenhaus muß sich das Gesinde gefallen lassen.

H. T. Gubenerkrasse. Das Kind muß eingeschult werden, „Spähne machen“ giebt es da nicht.

# Schlossbrauerei Schöneberg.

Der Ausstoß unseres Bockbieres, des

## KRONEN-BOCKS

beginnt am Sonnabend, den 18. Februar 1893

und nimmt an demselben Tage der Versand in Flaschen und Gebinden seinen Anfang. 8691L

Wir geben 20 grosse Flaschen Kronenbock ) für 3 Mark.  
resp. 24 kleine Flaschen Kronenbock )

Unser Kronenbock gelangt am Sonnabend, den 18. Februar, zum Ausschank

im größten Restaurant **Zum Prälaten** in den 9 Stadtbahnhöfen am Alexanderplatz  
der Residenz Königstraße.

Sorben erschienen! Vortugliche Agitations-Schrift!  
**Nieuwenhuis: Das Leben Jesu.** Preis 40 Pf.  
Zu haben bei: **Hans Baake**, Dresdenerstr. 52/53, City-Passage.

## Uhren und Goldwaaren

in solidester Ausführung  
billiger wie in jedem Laden

### Georg Wagner,

Uhrmacher,  
Oranienstrasse 63, 1 Treppe,  
nahe Moritzplatz.

Bitte auf die Hausnummer zu achten!

Eigene Werkstätte. Gegründet 1877.  
Spezialität: 3635L\*

Reinste Schweizer Präzisions-Uhren mit Remontoir-Anzug.  
Nickel-Seren-Remontoir mit Emaille-Zifferblatt, Sekundenzeiger  
und Zeigerleitung durch die Krone 9-12 M.  
Silberne Zylinder-Remontoir mit Goldrand, 6 Steine, 14, 16, 18,  
20 M. u.  
Goldene Damen-Remontoir 22, 30, 25, 30 bis . . . . . 120 M.  
Goldene Herren-Remontoir 45, 60, 72 . . . . . 240 M.

### Massiv goldene Trauringe

gefehllich gestempelt: 1 Dufaten 10,50 M., 1 1/2 Dufaten 15,50 M.,  
2 Dufaten 20 M., 14 Karätig von 6 M., 18 Karätig von 4 M. an.

### Gold- und Silber-Schmucksachen

in den neuesten Mustern u. reichhaltigster Auswahl, soweit sich  
dies mit solider Ausführung vereinbaren läßt, zu den allerbilligsten  
Preisen. Reparaturen gut und sehr billig.

1 Treppe, 63 Oranienstrasse 63, 1 Treppe.

Illustrirte Preislisten gratis u. franco.

## Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.

Ausstattungen in Mahagoni u. Nussbaum; Küchen-  
möbel empfiehlt; Preislisten auf Wunsch franco.

Berlin S.O., Köpenickerstr. 25.

### Musik-Instrumente.

Großes Lager in Zithern, Violinen, Gitarren, allen  
Blasinstrumenten, sowie Harmonikas jeder Art. Musik-  
werke zum Drehen und selbstspielend (mit Arbeiterkliebern).  
Reparaturen schnell und gut. Großes Notenlager.

Aug. Kessler, 51. Lausitzerstr. 51.

### Jede Uhr

zu reparieren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gut-  
gehens nur 1 Mk. 50 Pfg. (außer Bruch). Kleine Reparaturen  
billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Uhren, getragene  
Uhren von 5 M. an. Neue silb. Zylinder-Remontoirs, 6 Steine,  
von 14 M. an, do. 10 Steine, von 16 M. an, goldene Damen-Remontoirs, 14 Karat  
Gold u. 24 M. an. Gold- und Silberwaaren in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen.  
**E. Rothert & Stolz,** 1. Geschäft: Andreasstr. 82,  
2. Chausseestr. 78  
Uhrmacher. 3. Chausseestr. 34

### Mitglieder der Orts-Krankenkasse

für den Gewerbebetrieb der

### Kaufleute, Handelsleute u. Apotheker

(Kassenlokal: Neue Schönhauserstrasse 2):

### Große öffentliche Versammlung

aller weiblichen u. männlichen Mitglieder  
am Sonntag, den 19. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr,  
im Feen-Palast, Burgstraße.

Tagesordnung: 1. Was bietet uns die freie Arztwahl für Vor-  
theile gegen das bestehende System der Zwangärzte? Referenten: Die Herren  
Dr. Mugdan und R. Assmann. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Die Einberufer:  
Wilh. Arndt, Gneisenaustr. 83, Alb. Herrmann, Lindenstr. 93,  
Vorstandsmitglieder.

Die Neuer-Kommission zur Durchführung der freien Arztwahl, sowie  
die Preßkommission des Gewerks-Krankenvereins sind zu dieser Versammlung  
besonders eingeladen.

### Arbeiter-Stenographenverein „Eintracht“

Neue Unterrichtskurse in der vereinfachten Klenckschen Volksschul-Schrift  
für Herren, Damen und Schüler — beginnen: Sonntag, 19. Februar,  
Nachmittags 3 Uhr, und Dienstag, 21. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im  
Rehmann-Horschleb, Adalbertstr. 4. — Lehrmittel 1 M. 50 Pf.,  
Unterricht frei! — Zu recht reger Theilnahme ladet ein Der Vorstand.

**Martin Klein,** 3544L  
Uhrmacher,  
25 Neue Hochstr. 25  
empfiehlt sein Lager aller Arten  
Wand- und Taschen-Uhren.  
Reparaturen zu soliden Preisen.

Den besten  
**Schmalzler**  
aus echtem Brasil liefern  
**Schwarz & Co.,**  
35898  
Tabakfabrik,  
Nürnberg.

**Schuhe u. Stiefel**  
mit Kontrollmarke aus Grjunt  
empfehlen 3571L

C. Geier, Oranienstr. 202,  
E. Hilsche, Kapitanen-Allee 88,  
G. Jerbe, Ritterstr. 114,  
H. Rath, Waldstr. 97, Moabit,  
W. Papke, Rantensseffstr. 31,  
G. Rödel, Forsterstr. 7,  
A. Anders, Gerichtstr. 82,  
G. Studach, Weberstr. 4,  
G. Müller, Zeltwerstr. 61,  
S. Müller, Bergmannstr. 15.

Zum 8633L\*  
**Roth. Cylinderhut**  
Nur Hüte  
mit Arbeiter-Kontrollmarke.  
Größte Auswahl.  
Staligerstraße 131, neben Frister  
und Hofmann.  
im Laden.  
Wilhelm Zapel, Hutmacher.

**Möbel, Spiegel und  
Polsterwaaren,**  
reelle Waare, solide Preise.  
Ganze Ausstattungen in Mahagoni  
und Nussbaum. Küchenmöbel in gr.  
Auswahl empfiehlt 3589L

**Julius Apelt,**  
Sebastianstr. 20 (früher 27/28).

**Schuhe u. Stiefel**  
mit Kontrollmarke  
aus der Schuh-Fabrik Erfurt.  
Allen Genossen u. Freunden empfehle  
mein Schuh- u. Stiefel-Geschäft. Große  
Auswahl in Herren-, Damen- und  
Kinderstiefeln. Bestellungen nach Maß  
in kürzester Zeit. Reparaturen schnell  
und billig.  
**Louis Zaake,**  
3546L  
Küstriner Platz Nr. 8.

Zahnziehen, schmerzlos u. gefahr-  
los mit lokaler Betäubung  
(1 M.) mittelst Coealn. (1 M.)  
(Neues Verfahren.)  
Nervödöden, Plombiren, Zahnreinigen.  
Künstliche Zähne. 3656L\*  
Boyerstr. 7, part., Ludwig Diehl.

**Alle Uhren** 3530L  
werden sauber und sorgfältig reparirt  
unter Garantie des Gutgehens für  
**1,50 Mark** (außer Bruch) bei  
**W. Winkler,**  
Berlin N., Reinickendorferstr. 2 g,  
gegenüber der Dantes-Kirche.  
Lager aller Arten Uhren, Uhrketten

**Fleisch** Detail-Verkauf  
i. nachfolgenden Engros-  
Viehhoferissen: Rind-  
fleisch 50-60 Pf., Kalbfleisch 50 bis  
60 Pf., Schweinefleisch 55-60 Pf.,  
Hammelfleisch 45-55 Pf.  
**Holzmarktstraße 19,**  
Edle Michaelisch-Brüde.

**Cigarren u. Cigaretten** 3549L  
**Fritz Gerlach,**  
**W. Potsdamerstraße 66. W.**  
Agentur der Gladbacher Gener- und  
Glaserversicherungsgesellschaft in München.

**Sinderwagen.** Größtes Lager Berlins  
Andreasstr. 23. 35

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt  
Berlin SW., Reuthstraße 2.

## Ferdinand Lassalle's Reden und Schriften

Neue Gesamtausgabe.

Herausgegeben im Auftrage des Vorstandes der sozial-  
demokratischen Partei Deutschlands von **Ed. Bernstein.**  
Vollständig in 3 Bänden.

Erscheint in 45-50 (14-tägigen) Lieferungen à M. —,20  
Bereits erschienen:

Band I: in Leinen gebunden M. 3,—  
— in Halbfrz. gebunden (Leibhabereiband) M. 4,—  
Band II: in Leinen gebunden M. 4,50  
— in Halbfrz. gebunden (Leibhabereiband) M. 5,50  
Einbanddecken in braunem Leinen: für Bd. I. und II.  
à M. 0,50  
— in Halbfrz. (Leibhabereiband) für Bd. I. u. II. à M. 1,20

Der Herausgeber schickt dem Werke eine interessante kritisch-  
biographische Einleitung voraus: „Lassalle und seine Bedeutung  
für die Sozialdemokratie“, die auch eine Fülle neuen Quellen-  
materials enthält. In Form von Vorbemerkungen oder kritischen  
Randnoten zu den einzelnen Broschüren präzisirt der Herausgeber  
den heutigen prinzipiellen Standpunkt der Partei, wo dieser ver-  
ändert ist, oder erleichtert das historische und politische Ver-  
ständniß der Materie. Die einzelnen Broschüren folgen nicht in  
chronologischer Reihenfolge, sondern nach ihrer inneren Zusammen-  
gehörigkeit geordnet. Zur Beurtheilung der geschichtlichen Ent-  
wicklung und des Wesens der deutschen Sozialdemokratie ist diese  
Gesamtausgabe unentbehrlich. Im Anschluß an die Ausgabe  
wird der Briefwechsel zwischen Lassalle und Marx-Engels folgen.  
Der erste Band ist mit einem Stahlstichportrait Lassalle's geschmückt.

### Einzelausgaben:

**Meine Afsenrede**, gehalten vor den Geschworenen zu Düsseldorf  
am 3. Mai 1849 gegen die Anklage, die Bürger zur  
Bewaffnung gegen die königliche Gewalt aufgereizt zu haben  
M. —,40

**Fichte's politisches Vermächtniß** und die neueste Gegenwart.  
Ein Brief. M. —,15

**Gotthold Ephraim Lessing** vom kulturhistorischen Stand-  
punkt. M. —,15

**Die Philosophie Fichte's und die Bedeutung des  
deutschen Volksgeistes.** Festschrift gehalten bei der am  
19. Mai 1862 von der Philosophischen Gesellschaft und dem  
Wissenschaftlichen Kunstverein veranstalteten Fichtefeier.  
M. —,15

**Ueber Verfassungswesen.** Ein Vortrag, gehalten in einem  
Berliner Bezirksverein. — **Was nun? Zweiter Vortrag**  
über Verfassungswesen. — **Macht und Recht.** Ein offenes  
Sendeschreiben Ferd. Lassalle's. M. —,35

**Arbeiterprogramm.** Ueber den Zusammenhang der gegen-  
wärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes.  
M. —,15

**Die Wissenschaft und die Arbeiter.** Eine Verteidigungs-  
rede vor dem Berliner Kriminalgericht gegen die Anklage:  
Die beschloßen Klassen zum Haß und zur Verachtung gegen  
die Beschloßen öffentlich angereizt zu haben. M. —,30

**Der Lassalle'sche Kriminalprozeß. II. u. III. Zweites Heft:**  
Die mündliche Verhandlung nach dem stenographischen Ver-  
richt. Drittes Heft: Das Urtheil erster Instanz mit kritischen  
Randnoten zum Zwecke der Appellations-Rechtfertigung be-  
arbeitet. M. —,50

**Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden  
Klassen.** Eine Verteidigungsrede vor dem Königl. Kammer-  
gericht zu Berlin gegen die Anklage, die beschloßen Klassen  
zum Haß und zur Verachtung gegen die Beschloßen öffent-  
lich angereizt zu haben. M. —,60

**Offenes Antwortschreiben an das Centralkomitee zur  
Berufung eines Allgemeinen deutschen Arbeiter-  
kongresses zu Leipzig.** 5. Aufl. M. —,10

Mit diesem Schreiben eröffnete Lassalle die Agitation  
zur Gründung einer selbständigen Arbeiterpartei.

**Zur Arbeiterfrage.** Rede bei der am 16. April 1863 in  
Leipzig abgehaltenen Arbeiterversammlung. Nebst Briefen  
Prof. Wuttke's und Lohar Bucher's. M. —,10

**Arbeiterlebensbuch.** Rede Lassalle's zu Frankfurt a. M. am  
17. und 19. Mai 1863. Nach dem stenographischen Berichte.  
M. —,25

**Kleine Aufsätze:** Die französischen Nationalwerkstätten von  
1848. Antwort an Herrn Professor Rau. Lassalle und die  
Statistik von Wadernagel. Herr Wadernagel oder der  
moderne Perokrat. Erwiderung auf eine Rezension der  
„Kreuz-Zeitung“. M. —,15

**Die Erste, die Presse und der Frankfurter Abgeordneten-  
tag.** Drei Symptome des öffentlichen Geistes. Eine Rede,  
gehalten in den Versammlungen des Allgemeinen Deutschen  
Arbeiter-Vereins zu Warmen, Solingen und Düsseldorf.  
M. —,25

**Rede vor der korrekionalen Appellkammer zu Düsseldorf  
am 27. Juni 1864.** Verteidigungsrede gegen die  
Anklage, verschiedene Klassen der Bevölkerung zum Haß und  
zur Verachtung öffentlich angereizt zu haben. M. —,10

**An die Arbeiter Berlins.** Eine Ansprache im Namen der  
Arbeiter des Allgem. Deutschen Arbeiter-Vereins. M. —,20

**Der Hochverraths-Prozeß wider Ferdinand Lassalle** vor dem  
Staatsgerichtshof zu Berlin am 12. März 1864. Nach dem  
stenographischen Bericht. M. —,40

**Die Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-  
Vereins** und das Versprechen des Königs von Preußen.  
Eine Rede, gehalten am Stiftungsfeste des Allgemeinen  
Deutschen Arbeitervereins zu Ronsdorf am 22. Mai 1864.  
M. —,25

Als Agitationschriften haben die Lassalle'schen Bro-  
schüren ihre faszinirende Wirkung behalten; wie vor  
30 Jahren begeistern sie noch heute die Leser und in po-  
pularer, fesselnder Behandlung des spröden ökonomischen  
oder geschichts-philosophischen Stoffes sind sie unerreicht  
geblieben.

**Herr Julian Schmidt, der Literaturhistoriker mit Seher-  
Scholien.** M. —,75

Die Anmerkungen des „Seherweibes“ in dieser Lite-  
rarischen Hinrichtung des bürgerlichen Mode-Literaten ent-  
stammen bekanntlich aus der Feder der späteren „Eg-  
zellen“ Lohar Bucher!

**Franz von Sickingen.** Eine historische Tragödie. 2. Aufl.  
M. 2,—

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungsbedeute  
nehmen Bestellungen entgegen.  
Bei Bestellungen von Außerhalb ersuchen wir um gleich-  
zeitige Einzahlung des Betrages (Porto extra). 400/8\*